

# DIE ZUKUNFT DES FORTSCHRITTS.

Beiträge zur sozialdemokratischen  
Programmdiskussion.

200 170

140

DIN 19 051

84 100 120



# **DIE ZUKUNFT DES FORTSCHRITTS.**

**Beiträge zur sozialdemokratischen  
Programmdiskussion.**

The SPD logo consists of a solid black square with the letters "SPD" in a bold, white, sans-serif font positioned in the lower right corner of the square.

**SPD**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	Seite	5
<b>Die Zukunft des Fortschritts</b> Dr. Erhard Eppler		7
<b>Gibt es einen anderen Fortschritt</b> Hans-Olaf Henkel, Vorsitzender der Geschäftsführung IBM Deutschland		20
<b>Ein anderer sozialer Fortschritt</b> Prof. Dr. Fritz Vilmar, Universität Berlin		29
<b>Es kommt darauf an, wer den Fortschritt bestimmt</b> Ilse Brusis, DGB-Vorstand		33
<b>Diskussion</b>		37
Disput <b>Anfang oder Ende des sozialdemokratischen Zeitalters</b> Dr. Peter Glotz, MdB Prof. Dr. Günter Altner, Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz,		39
<b>Diskussion</b>		65
Podiumsdiskussion <b>So wollen und so können wir leben</b> Dr. Johano Strasser, Mitglied der SPD-Programm- Kommission Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Gisela Böhrk, Schleswig-holsteinische Ministerin für Frauen		79
<b>Diskussion</b>		92

Podiumsdiskussion

## **Gemeinsamer Fortschritt in Europa, möglich oder sogar nötig?**

Stig Malm, Vorsitzender des Schwedischen Gewerkschaftsbundes LO

109

Prof. Dr. Jevgeni Ambarzumov, Institute for the Socialist World Economic System of the Academy of Science (UdSSR)

Prof. Dr. Jean-Marie Vincent, Universität Paris

Moderation: Dr. Thomas Meyer, Friedrich-Ebert-Stiftung

## **Diskussion**

136



## Vorwort

*Im Jahre 1984 hat die SPD beschlossen, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben. Das aus dem Jahre 1959 stammende und für die SPD immer noch gültige Godesberger Programm bot keine ausreichende Grundlage für die Bewältigung der heutigen Probleme. Das galt vor allem für die Bereiche Umwelt, Technik, Arbeit, Gleichstellung von Mann und Frau, aber auch Frieden und Demokratie.*

*Bei der Erarbeitung der ersten Programmentwürfe wurde dann eine Frage immer wieder aufgeworfen und intensiv diskutiert: Wie steht die Sozialdemokratie zum Fortschritt? Hält sie am Fortschrittsbegriff des Godesberger Programms fest, in dem die Entwicklung der Produktivkräfte zu immer mehr Wohlstand und sozialer Sicherheit für alle führen sollte? Oder macht sie sich den weit verbreiteten Pessimismus in unserer Gesellschaft zu eigen, der mehr Gefahren und Bedrohungen in der technischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sieht als Chancen? Schließt sie sich dem „Fortschrittszynismus“ (Ulrich Beck) des „Weiter so“ an, oder bestimmt sie den Begriff Fortschritt für die Sozialdemokratie neu und richtet ihre Politik danach aus?*

*Die Bundesprogrammkommission der SPD konnte sich auch nach intensiver Diskussion zunächst nicht entscheiden, ob sie sich zur Frage ihres Fortschrittsverständnisses überhaupt äußert, und wenn ja, in welcher Richtung. Als Hilfestellung zur Klärung dieser Frage wurde deshalb ein Forum veranstaltet, auf dem Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Technik und Politik ihre Sichtweise des Problems darlegen konnten. In der vorliegenden Broschüre sind ihre Beiträge auszugsweise dokumentiert. Den Teilnehmern danken wir für die intensive Diskussion, deren Ergebnisse Grundlage waren für die Ausführungen zum Thema Fortschritt im zweiten Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der SPD.*



Oskar Lafontaine

# Die Zukunft des Fortschritts

Erhard Eppler

## I.

Daß Geschichte ein Fortschreiten der Menschheit zu einer immer vollkommeneren Ausfaltung, Entfaltung, Entwicklung ihrer Möglichkeiten sei, ist ein relativ junger Gedanke. Noch in den Geschichtsdarstellungen des 17. Jahrhunderts ist Geschichte eine Abfolge von Ereignissen, Geschichten und Kuriositäten, die sich allenfalls moralisch bewerten oder allegorisch deuten ließen. Weder die griechisch-römische noch die mittelalterlich-christliche Welt haben die Geschichte als Fortschritt gedeutet. Die Idee des Fortschritts, die als Glaube an den Fortschritt in die Geschichte eintrat, ist ein Produkt der europäischen Aufklärung. Wenn Aufklärung das Heraustreten des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit ist, dann ist eben dieses Heraustreten, dieses Fortschreiten weg von der Unmündigkeit der Fortschritt.

Technische Innovation, die sich etwa im Königsberg Immanuel Kants oder im Tübingen des jungen Hegel in engen Grenzen hielt, hatte in diesem Konzept die Funktion des Mittels, des Instruments. Aber da technische Innovation mit zunehmender Geschwindigkeit viele – wenn auch keineswegs alle – Menschen von Plackerei befreite, die Vervollkommnung des Menschen jedoch auf sich warten ließ und überdies schwer meßbar war, wurde schließlich diese technische Innovation selbst als Fortschritt, ja als **der** Fortschritt empfunden. Wo heute, etwa in der Wirtschaft, von Fortschritt die Rede ist, ist meist technische Innovation oder wirtschaftliche Expansion, also Wachstum gemeint. Die Subjekte des Fortschritts haben gewechselt. Die Mittel haben sich als Zweck etabliert.

Ich möchte ganz altmodisch darauf bestehen, daß Subjekt des Fortschritts der Mensch, genauer die Menschheit ist. Fortschritt ist, was menschliches Leben fördert, steigert, die Entfaltung menschlicher Gaben erleichtert – der physischen, psychischen und geistigen –, was menschliches Leben freier, gelöster, angstfreier, was menschliches Zusammenleben solidarischer also menschlicher macht.

Was immer im Bereich von Technik und Wirtschaft dazu beiträgt, ist Fortschritt. Was Menschen unfreier macht, ihnen neue Zwänge aufer-

legt, sie hilfloser macht, was sie ängstigen muß, was Solidarität zwischen Menschen erschwert, was Teile menschlicher Physis oder Psyche verkümmern läßt, was Menschen psychisch überfordert und krank macht, ist auch dann kein Fortschritt, wenn es mit technischer Innovation oder auch dem Wachstum des Sozialprodukts verbunden ist.

Diese Definition ist für unser Thema deshalb wichtig, weil ich mit vielen hier im Saal der Meinung bin, daß es durchaus verantwortbar und sogar ratsam wäre, die technische Innovation dem Zusammenspiel von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zu überlassen, wenn das Ergebnis dieses Zusammenspiels notwendig Fortschritt wäre. Das Schädlingsbekämpfungsmittel DDT war gewiß eine wichtige technische Innovation. Aber es war im Endergebnis kein Fortschritt, sondern eine Gefährdung für die Gesundheit von Tier und Mensch, daher mußte es



**Erhard Eppler**

verboten werden. Durch gentechnische Innovation und Manipulation läßt sich bewirken, daß immer weniger Kühe immer mehr Milch geben. Ob dies ein Fortschritt ist, hängt davon ab, was dies für Bauern und Verbraucher, für eine ökologisch verantwortbare Landwirtschaft bedeutet. Autos, die lässig über 200 km/h fahren können, mögen faszinierende technische Wunderwerke, sie können sogar ästhetisch ansprechend, also schön sein. Ob sie für uns ein Fortschritt sind, hängt davon ab, wie sich diese Geschwindigkeit zum – gleichbleibenden – menschlichen Reaktionsvermögen verhält, wieviele Menschen mit den Versuchungen, die ein solches Auto in sich birgt, so umgehen können, daß niemand zu Schaden kommt, und wieviel Stickoxyd ein solches Auto den pflanzlichen, tierischen und menschlichen Organismen zumutet.

Natürlich wird hier in jedem Fall eine Güterabwägung nötig, und sie mag im Einzelfall schwierig sein, aber sie ist unerlässlich. Wenn wir uns darüber einig sind, werden wir uns darüber verständigen müssen, wer nach welchen Regeln und nach welchen Maßstäben diese Abwägung zu leisten hat.

## II.

Mancher mag nun einwenden, das sei doch wohl immer so gewesen. Natürlich müsse der Staat Grenzen setzen, feststellen, was erlaubt ist und was nicht. Nur: Wir sind heute an einem Punkt der Geschichte angekommen, der eine neue Qualität von Verantwortung von uns fordert.

Mit den Arsenalen von Atombomben, die heute bei den Weltmächten lagern, läßt sich die gesamte Menschheit ausrotten, wenn nicht sofort und direkt, dann in ein paar Jahren durch den atomaren Winter. Und die Möglichkeiten der Gentechnik erlauben es Menschen, den Prozeß der Evolution, der auch den Menschen hervorgebracht hat, in die eigene Hand zu nehmen, Bakterien, Pflanzen, Tiere und schließlich auch Menschen neu zu konstruieren. Menschen können heute den achten Schöpfungsstag inszenieren, und sie können dafür sorgen, daß – biblisch gesprochen – doch aufhören wird Saat und Ernte, Sommer und Winter, Frost und Hitze, Tag und Nacht.

Zum erstenmal in der Erdgeschichte gibt es am Ende des 20. Jahrhunderts nach Christi Geburt ein Produkt der Evolution, das diese Evolu-

tion beenden oder auch in die eigene Hand nehmen kann. Was bisher in allen Kulturen nur Gott oder den Göttern als Fähigkeit zugeschrieben wurde, ist jetzt in die Reichweite menschlicher Verfügungsgewalt gekommen. Hunderte von Arten, die in Millionen Jahren entstanden sind, haben wir bereits vertilgt, andere wollen wir dafür schaffen.

Wir sind sogar in der Lage, auch ohne Krieg unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dabei wissen wir noch nicht einmal genau, wie dies im einzelnen vor sich geht und was wir bereits angerichtet haben.

Dies alles wirft Fragen auf, die weder Adam Smith noch Karl Marx sich zu stellen brauchten. Für sie war, wenn man von ein paar erstaunlich heilsichtigen Bemerkungen bei Marx absieht, Ökonomie eine Veranstaltung, die sich innerhalb einer ansonsten intakten, niemals in Frage gestellten Natur abspielte. Für Smith und Marx ging es noch um die Beherrschung von Natur, heute geht es um die Lebensfähigkeit dessen, worin menschliches Leben eingebettet bleibt. Für Marx ging es um die Entfesselung der Produktivkräfte, heute geht es auch um ihre Bindung an das Ziel eines humanen Fortschritts.

Wo es um die Zukunft aller geht, sind alle gefordert. Da klingt die Forderung, die Wirtschaft einfach den Unternehmen oder allenfalls den Ökonomieprofessoren zu überlassen, nicht weniger naiv als die Vorstellung, man könne Fragen vor Rüstung und Abrüstung den Generälen überlassen.

### III.

Es geht ja nicht mehr nur darum, wie der Fortschritt aussehen soll, sondern darum, ob er stattfindet oder nicht, und vor allem: wie Rückschritt zu verhindern ist. Niemand kann heute noch von Fortschritt reden, ohne in seinen Fortschrittsbegriff die Verhinderung von Rückschritt, ja von Katastrophen einzubeziehen. Die Minderung von Risiken, die Vermeidung von Katastrophen ist auch künftig nicht der ganze, wohl aber der halbe Fortschritt.

Ulrich Beck hat unsere Gesellschaft eine Risikogesellschaft genannt. War das Elend der frühen Industrialisierung auf eine Klasse begrenzt, so sind die Risiken egalitär. Hunger ist hierarchisch, atomare Verseuchung ist egalitär und insofern demokratisch. Die Frage, wie Gerecht verteilt werden, spaltet die Gesellschaft in Interessengruppen. Die Frage, wie Katastrophen zu vermeiden sind, geht alle in gleicher

Weise an und kann riesige Mehrheiten mobilisieren. Wo diese Mehrheiten einmal vorhanden sind, werden sie sich früher oder später in parlamentarischen Mehrheiten und in exekutivem Handeln niederschlagen.

Es geht also um Politik. Und so wie man die Wirtschaft nicht den Unternehmern überlassen darf, so Politik nicht den Politikern. Politik ist unendlich viel mehr als das, was da in Parteien und Parlamenten geredet, getan und unterlassen wird. Politik ist da, wo Bürgerinitiativen einer Wiederaufarbeitungsanlage widerstehen, wo Gerichte Recht sprechen, wo Zeitungen berichten und kommentieren, wo Kirchen warnen oder fordern, wo Verbände ihre Interessen vertreten, wo Menschen wach werden und sich zu Wort melden.

Ich habe mich im letzten Jahrzehnt zunehmend aus der Tagespolitik zurückgenommen, weil ich festgestellt hatte, daß ein Buch oder auch nur eine eindrucksvolle These mehr bewirken als jahrelanges Rotieren in Parlament oder Exekutive. Wo neues Bewußtsein entsteht, sich strukturiert, artikulationsfähig und damit politikfähig wird, geschieht mehr Politik als in hundert sterilen Kabinettsitzungen.

Wo aber neue Mehrheiten entstehen – meist geschieht dies durch Alltags Erfahrungen, die schließlich reflektiert und verarbeitet werden –, finden sich auch Politiker, die sich diese neuen Mehrheiten zunutze machen, sie repräsentieren und ihnen zum Durchbruch verhelfen. Das ist Demokratie.

Dabei geht es nicht darum, was wir der menschlichen Vernunft zu vertrauen. Ich weiß, daß Gelehrte wie Friedrich von Hayek davor warnen, von planender Vernunft eine ersprießliche Zukunft zu erwarten. Damit sei die menschliche Vernunft überfordert. Sogar wenn man der planenden Vernunft gegenüber skeptisch ist, bleiben ein paar Fragen:

Warum sollte für den Staat unmöglich sein, was in jedem Konzern selbstverständlich ist, nämlich auf ein oder zwei Jahrzehnte vorzudenken?

Warum sollte der Mangel an planender Vernunft den Fortschritt zu wegebringen, den planende Vernunft nicht erreicht?

Warum sollte der Markt die Katastrophen verhindern, die planende Vernunft nicht verhindern kann?

Warum soll die menschliche Vernunft, die durch Planung überfordert ist, durch keine Technik zu überfordern sein? In Wirklichkeit geht es nicht darum, ob geplant wird, sondern wer in wessen Interesse plant.

Wenn wir aber schon Zweifel an der Vernunft hegen, müßten wir dann nicht zuerst die Frage stellen, ob es nicht Techniken gibt, die den Menschen und seine Vernünftigkeit überfordern? Dürfen wir uns je nach Bedarf auf ein optimistisches oder ein pessimistisches Bild vom Menschen berufen, in der Planung auf ein pessimistisches, in der Technik auf ein optimistisches? Warum soll, wer weder intellektuell noch moralisch imstande ist, zwischen nützlicher und schädlicher Technik zu unterscheiden, mit Plutonium verantwortlich umgehen können? Man kann nicht Vernunft-Pessimist sein und dann ändern das Etikett des Kulturpessimismus ankleben.

Was heute wirklich zur Diskussion und zur Entscheidung steht, sind nicht vermessene Zukunftsplanungen, sondern politische Weichenstellungen für grundlegende Techniken, die Wahl zwischen technischen Alternativen.

Lassen Sie mich Hans Jonas zitieren: „Der Freiheit aber die Möglichkeit abzusprechen, den richtigen Weg zu finden, wäre das, was ich ‚ruchlosen Pessimismus‘ nennen würde; weil es uns nämlich dazu verführen würde, den Dingen ihren Lauf zu lassen und fatalistisch die Hände in den Schoß zu legen. Erforderlich ist ein Realismus, die Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele steht, was sein darf und was nicht sein darf. Das, was nicht sein soll, ist sehr oft leichter zu erkennen als das, was sein soll. In der Erkenntnis des Übels sind wir etwas besser ausgerüstet, etwas besser gestellt als in der Erkenntnis des wahrhaft Erstrebenswerten. Man kann aber zu dem einen aus der Furcht vor dem anderen kommen.“

#### IV.

Lassen Sie mich das, worum es mir geht, an einem Beispiel verdeutlichen, das den Vorzug hat, teilweise schon Geschichte zu sein, an der Energiediskussion der letzten 20 Jahre.

Als ich 1961 zum erstenmal in den Bundestag gewählt wurde, gab es eine Energiepolitik im heutigen Sinne nicht. Was sich manchmal so nannte, war das Bemühen der Politiker aller Parteien, die Energiemengen für die Zukunft bereitzustellen, die von irgendwelchen Experten

prognostiziert worden waren. Weder gab es irgendeine Diskussion über diese Prognosen, die sich später als grotesk falsch erwiesen, noch wagten sich Politiker an die Frage, mit welcher Technik der Energiebedarf zu decken sei. Das war Sache der Experten, die, wie Professor Häfelic, Szenarien für Energiebedarf, Atomenergie und Schnelle Brüter weit bis ins nächste Jahrhundert entwarfen, auf die sich Wirtschaft und Politik beriefen, die aber heute nur noch ungläubiges Gelächter hervorrufen. Politik hatte zur Kenntnis zu nehmen, was „die wissenschaftlich-technische Entwicklung“ brachte und brauchte, sie hatte allenfalls diese Entwicklung zu beschleunigen, weshalb der Staat viele Milliarden in die Entwicklung der Atomenergie steckte. Politik hatte die rechtlichen Regelungen zu liefern, die durch eine neue Technik nötig wurden, vor allem aber die Infrastruktur bereitzustellen, ohne die eine neue Technik sich nicht vermarkten ließ.

Und sie hatte – die Sprache verrät, was Geistes Kinder sprechen – die „Akzeptanz“ herzustellen, also den Menschen klarzumachen, daß die neue Technik nötig, unerlässlich, unvermeidlich, unschädlich und also gut und richtig sei. Von Wahl zwischen Alternativen – und das ist Demokratie – war da nie die Rede, sondern davon, zu schlucken, was Klügere, also Experten den Bürgern vorsetzten. Dabei verließ sich die Politik auf Expertisen, die meist von Interessenten produziert wurden. Erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre traten Energieexperten auf, die nicht an die interessierten Industrien oder Energieversorgungsunternehmen gebunden waren.

So kam es, daß – was junge Leute uns heute nicht mehr glauben wollen –, der Bundestag erst 1976, also etwa zwei Jahrzehnte nach Beginn des Atomzeitalters in der Bundesrepublik, die einschlägigen Artikel über die Entsorgung in das Atomgesetz eingefügt hat. So kam es, daß es bis heute keine funktionierende Entsorgung gibt, obwohl in manchen Bundesländern schon mehr als die Hälfte des Stroms aus Atomkraftwerken stammt.

Daß es Sache der Politik sein könnte, für oder gegen die Atomkraft zu entscheiden, lag in den sechziger Jahren außerhalb unserer Vorstellungswelt. Der einzige Abgeordnete des Bundestages, der da anders dachte, der Atomphysiker Karl Becher (SPD), wurde von den eigenen Fraktionskollegen als versponnener Gelehrter abgetan und lächerlich gemacht.

Daß es Aufgabe der Politik sein könnte, über Energietechniken zu entscheiden, kam auch mir erst zu Beginn der siebziger Jahre zum Bewußtsein. Und als ich etwa 1975 verlangte, wir sollten sparsamer mit Energie umgehen, zog mein politischer Gegenspieler durch unser Ländle und mokierte sich darüber, daß da ein verrückter Puritaner Energie sparen wolle. Und ein sozialdemokratischer Bundesminister empfahl mir noch 1978, ich solle doch lieber von rationellem Umgang mit Energie reden.

Kurz: Daß der Umgang mit Energie, die Technik der Energieversorgung ein Politikum sei, ist erst im Laufe der siebziger Jahre klargeworden. Heute bestreitet dies niemand mehr. Und junge Menschen glauben uns gar nicht, daß dies einmal anders war. Nur die Sache selbst ist noch im Streit, nicht mehr die Notwendigkeit einer politischen Entscheidung. Es gibt Parteien, die auf Atomenergie setzen und andere, die davon loskommen wollen und wieder andere, die nicht mehr so genau wissen, ob sie auf Atomenergie setzen sollen. Aber es gibt keine Partei, die auf ihre Fahnen schriebe, was vor 20 Jahren noch selbstverständlich war: daß dies gar keine politische Entscheidung erfordere, daß die Frage nach der Energietechnik einzig eine Sache der Wissenschaft, der Technik und vor allem der Unternehmer sei, die eine Technik ökonomisch und also gewinnbringend zu verwerten haben.

Ich prophezeie selten. Aber ich wage heute die Prophezeiung: So wie es vor 20 Jahren einen – mehr oder minder unbewußten – energiepolitischen Konsens gab, so wird es, ehe dieses Jahrhundert zu Ende ist, einen bewußten Konsens geben: den, uns behutsam auf andere Energiequellen als die Atomenergie umzustellen.

## V.

Wozu dieser Ausflug in die Geschichte? Weil die Energiepolitik paradigmatisch zeigt, was sich verändert hat. Es gibt technisch-ökonomische Weichenstellungen, die politisch entschieden werden müssen, weil die ganze Gesellschaft davon betroffen ist und weil eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich davon betroffen fühlt. Wenn wirtschaftliche Not hierarchisch, Risiken aber demokratisch sind, also alle Schichten in gleicher Weise bedrohen, dann muß entweder über Techniken, die solche Risiken enthalten, politisch entschieden werden, oder aber muß Politik zu einem Schaugeschäft verkommen, bei dem niemand merken soll und doch alle merken, daß nur Sachzwänge vollzogen werden, die außerhalb der Politik produziert wurden.

In der Energiepolitik ist die Aufgabenstellung für die Politik schon selbstverständlich, in der Gentechnik kaum mehr umstritten. Daß Politik die Verwendung von Giften in der Landwirtschaft eindämmen und biologischen Landbau fördern sollte, wird bald die Forderung einer Mehrheit sein. Der Begriff Chemiepolitik setzt sich durch.

Die Maßstäbe, nach denen Wähler entscheiden, ändern sich. Sicher ist heute noch für eine Mehrheit wahlentscheidend, ob der Wohlstand gemehrt oder gemindert wurde, aber für eine wachsende Minderheit ist noch wichtiger, ob Risiken und Gefahren angegangen oder verdrängt wurden. Wer keine überzeugenden Taten gegen das Waldsterben, gegen die Bodenerosion oder die Verseuchung von Wasser und Luft, gegen die Mülllawine oder die Plutoniumwirtschaft vorweisen kann, wird in den neunziger Jahren nicht lange regieren.

Wer hier einwendet, dies laufe auf Systemveränderung hinaus, hat gute Argumente für sich. Nur: auch der Verzicht auf politische Weichenstellungen verändert unser System. Politik muß mehr entscheiden, als die Väter unserer Verfassung vorhersehen konnten, damit sie nicht sehr viel weniger, im Endeffekt gar nichts mehr zu entscheiden hat. Es kommt bei unserem Thema also nicht nur darauf an, wie wir Fortschritt definieren, sondern auch und vor allem, was wir unter Politik verstehen.

Auch das Stichwort vom Kulturpessimismus geht daneben. Eben weil wir den Begriff des Fortschritts, wie ihn die Aufklärung meinte, nicht wegwerfen wollen, müssen wir zwischen technischen Alternativen wählen, und zwar nach dem Kriterium, ob die Technik menschengerecht ist, also menschlicher Entfaltung dient.

Ich glaube nicht, daß der Versuch gelingen kann, hier das Rad zurückzudrehen. Die politische Wende in Bonn hat es nicht gekonnt, vielleicht nicht einmal gewollt. Und die nächste Wende wird deutlich machen, an welchen Entscheidungen wir nicht vorbeikommen.

Worüber wir allerdings gründlich diskutieren müssen, sind die Prozeduren, in denen solche Entscheidungen gefunden, die Instrumente, mit denen sie durchgesetzt werden sollen.

Auf keinen Fall können grundlegende Weichenstellungen Sache der Bürokratie sein. Natürlich muß das Umweltbundesamt feststellen, wel-

che chemische Substanz welche Umweltschäden anrichtet und deshalb verboten werden muß. Aber so wie eine neue Energiepolitik Ergebnis einer langwierigen und intensiven Diskussion in der Öffentlichkeit ist und noch mehr sein wird, so wird dies auch bei einer neuen Agrarpolitik oder Chemiepolitik sein.

Es geht um Politik, nicht um Verwaltung. Und um Staat geht es insofern, als die Menschen, die diese Diskussion führen, den Staat bilden. Sie werden die Politiker zur Politik zwingen. Sie werden Leute mit einem verkümmerten Politikverständnis schließlich nicht mehr an die Spitze wählen. Schon bisher führt der Bewußtseinswandel in der Gesellschaft zu neuen wirtschaftlichen Entscheidungen, ohne daß irgendeine staatliche Instanz tätig geworden ist. Unternehmer müssen neuem Bewußtsein Rechnung tragen. Sie tun es oft schon. Aber schließlich wird der Gesetzgeber und die Administration dem Willen der Mehrheit Rechnung tragen müssen.

#### IV.

Fortschritt ist also untrennbar verbunden mit der Steuerung technischer Innovation. Sie kann Fortschritt bewirken, aber auch das Gegenteil. Nur wer die Möglichkeit des Rückschritts und die Tatbestände von Rückschritt ernst nimmt, kann heute noch glaubwürdig von Fortschritt reden.

Wir haben im Irseer Entwurf einiges gesagt über die positiven Kriterien für eine Technik, die wir als Fortschritt verstehen können:

„Auswahl und Gestaltung technischer Neuerung muß sich an den Kriterien orientieren, die auch für ausgewähltes Wachstum gelten: Sie soll Arbeit humanisieren, Gesundheit fördern, die Zahl der Unfälle mindern, pfleglichen Umgang mit Natur, Rohstoffen und Energie ermöglichen. Darüber hinaus soll technische Innovation

- die Ausübung von Grundrechten nicht gefährden, sondern erleichtern und fördern,
- Räume zur Entscheidung über persönliche Lebensführung öffnen oder offenhalten,
- überprüfbar und revidierbar sein, damit Alternativen realisierbar, neue Entwicklungswege gangbar bleiben,
- fehlerfreundlich sein, also nicht den fehlerfreien Menschen verlangen.“

Natürlich gibt es schon heute technische Errungenschaften, die allen diesen Kriterien gerecht werden: vom Telefon über den Kühlschrank bis zum Intercity, von der Buchdruckerkunst über das Fahrrad bis zum Traktor, vom Mikrochip bis zur Solarzelle; es gibt technische Leistungen, die einigen Kriterien entsprechen, anderen nur teilweise oder gar nicht: Der Fernseher und die davon angetriebene Verkabelung, das Motorrad oder das Auto. Dabei wäre es mehr als eine Spielerei sich auszumalen, wie das Auto aussehen müßte, das solchen Kriterien optimal entspräche. Man könnte auch einmal darüber nachdenken, wann bei einem Motorrad das Mißverhältnis zwischen dem relativ geringen Gewicht des Fahrzeugs und der gewaltigen Kraft des Motors dazu führt, daß nur der absolut fehlerfreie Mensch damit ohne Gefährdung von Menschen umgehen kann.

Kriterien allein bewirken wenig, wenn sie nicht ins Bewußtsein einer Mehrheit eingehen. Denn nur dann hat es einen Sinn, über die Instrumente zu ihrer Umsetzung nachzudenken.

#### VII.

Was mich also interessiert, ist der Diskussionsprozeß, der dorthin führt. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Was sie leisten kann, wird deutlich, wenn wir die Zeitverzögerung in den Diskussionsprozessen des Ostens betrachten. Aber in der Energiediskussion haben wir gelernt, daß Meinungsfreiheit nicht ausreicht, wenn die Meinung von Laien vom Urteil der Experten lächerlich gemacht werden kann. Zur Meinungsfreiheit muß die Meinungserarbeitungsfreiheit treten. Wer keine Chance hat, sich eine wissenschaftlich fundierte Meinung zu bilden, zieht in dieser Diskussion notwendig den kürzeren. Es wird also Aufgabe des Staates sein, denen, die am Diskussionsprozeß teilnehmen wollen, also auch den Gruppen, die Alternativen suchen, Zugang zu wissenschaftlicher Information zu verschaffen. Dabei müssen wir uns freimachen von dem Aberglauben, es gebe die Wissenschaft. Es gibt sehr unterschiedliche Denkformen und Methoden, die alle den (meist berechtigten) Anspruch erheben, wissenschaftlich zu sein. Man kann wissenschaftlich nachweisen, daß ein 25mal gespritzter Apfel nicht weniger wertvoll ist als ein ungespritzter. Aber das kommt auf die Kriterien an, die man anlegt. Daß die Boskop in meinem Garten besser riechen — ja überhaupt riechen —, daß sie sich besser halten als gespritzte Äpfel, ist dann einfach kein Kriterium. Wissenschaftliche Ergebnisse hängen auch davon ab, was Gegenstand des wissenschaftlichen In-

teresses ist. Und dies ist – legitimierweise – verschieden. Also brauchen wir die unterschiedlichsten Forschungsansätze, wir brauchen die kontroverse wissenschaftliche Diskussion. Der Schulmedizin täte es nicht gut, wenn sie nicht dauernd angefochten würde durch das, was heute an Homöopathie, Naturheilkunde oder chinesischen Heilmethoden praktiziert wird.

Heute ist in der Öffentlichkeit nichts existent, was nicht durch die Medien transportiert wird. Also wird die Freiheit der Medien in diesem Prozeß von zentraler Bedeutung sein. Freiheit heißt dabei vor allem: Freiheit vom Druck der Interessen und Interessenten. Wenn etwa privates Fernsehen abhängig wird von denen, die Werbespots vergeben oder auch nicht vergeben, läßt sich eine fruchtbare Diskussion dort nicht führen. Daher ist die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum Politikum erster Ordnung geworden.

Erst in zweiter Linie kommen für mich die Instrumente der Durchsetzung. Im Normalfall werden es neue Rahmenbedingungen für den Markt sein müssen. Wenn z. B. unser Land nicht unter einer immer noch wachsenden Abfall-Lawine begraben werden soll, dann halte ich eine Verpackungssteuer für unerlässlich. Läßt man hier allein den Markt walten, dann werden Verpackungen immer aufwendiger, immer unnötiger, immer schwerer zu beseitigen. Das jedenfalls ist unsere Wirklichkeit. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, daß wir uns Autoverkehr im heutigen Umfang und mit dem heutigen Tempo aus verschiedenen Gründen nicht auf Dauer leisten können, muß das Benzin teurer und müssen die öffentlichen Verkehrsmittel billiger werden. Es gibt keine ökologische Erneuerung ohne einen höheren Energiepreis. Wenn der Einsatz von Giften in der Landwirtschaft reduziert werden soll, dann muß der Bauer schon vom Preis her zu sparsamer Verwendung angehalten werden. Dann wird er nicht mehr prophylaktisch spritzen gegen Schädlinge, die vielleicht kommen könnten. Umgekehrt: wenn wir feststellen, daß Sonnenenergie, in welcher Form auch immer, unsere Umwelt entlastet, dann muß sie günstigere Rahmenbedingungen bekommen als Kohle oder Atomenergie. Der Markt wird sich rasch auf neue Rahmenbedingungen einstellen.

Aber es gibt auch Fälle, in denen der Gesetzgeber genau sagen muß, was erlaubt ist und was nicht. Dies gilt zum Beispiel für die kaum übersehbaren Möglichkeiten der Gentechnik.

Fortschritt kommt also nicht von selbst. Er ist nicht das Ergebnis eines Prozesses, einer Ent-wicklung, der wir fasziniert zusehen dürften, sondern einer gesellschaftlichen Anstrengung, die wir uns kaum groß genug vorstellen können.

Worüber ich heute nicht geredet habe, ist dies: Natürlich gibt es, unabhängig von Technik oder nur in losem Zusammenhang damit Fortschritt und Rückschritte: etwa in Fragen der Gerechtigkeit bei Steuern oder sozialen Leistungen, in Fragen der Solidarität, wie wir uns zu Behinderten, Kranken oder Ausländern verhalten, in Fragen des politischen Klimas, wo Wichtiges aufgegriffen oder mit Tabus belegt wird, in Fragen der Freiheit, wenn es um die Medienvielfalt geht. Aber bei diesem letzten Beispiel wird schon wieder deutlich, daß es häufig eben doch eine Verbindungslinie zu technischen Innovationen gibt. Denn die Medienvielfalt wird ja auch deshalb von riesigen Medienkonzernen bedroht, weil es inzwischen die technischen Mittel gibt, ihrer Übermacht auch über Fernsehprogramme Geltung zu verschaffen.

Ich weiß, daß über die technik-unabhängigen Aspekte von Fortschritt und Rückschritt sehr viel gründlicher zu reden wäre, als ich dies jetzt tun kann. Ich habe mich auf eine Frage konzentriert, die allerdings wohl nicht nur für mich wichtig ist. Nur: wenn wir über Fortschritt und Rückschritt in der Durchsetzung unserer Grundwerte so umfassend reden würden, wie dies angemessen wäre, würde meine Grundthese nicht relativiert, sondern akzentuiert:

Fortschritt ist genauso möglich wie Rückschritt. Was aus all diesen Möglichkeiten Wirklichkeit wird, entscheiden wir. Nicht nur wir, aber auch wir.

# Gibt es einen anderen Fortschritt!

Hans-Olaf Henkel

So wie viele Wirtschaftsführer über mangelndes wirtschaftliches Verständnis bei Politikern klagen, so klagen Politiker oft über mangelndes öffentliches Engagement von Wirtschaftsführern zu politischen Fragen – zumal wenn es um Wirtschaftspolitik und um Technik-Politik geht.

Ich begrüße deshalb die Chance, hier einen kleinen Beitrag leisten zu dürfen. Denn wenn wir nicht den Mut haben, zu sagen, was nach unserer Meinung gesagt werden muß, wie soll man es dann von einem Politiker verlangen, der gewählt werden muß?

Ich erinnere mich noch gern an unser letztes öffentliches Rededuell, Herr Ministerpräsident.

Es war bei dem Ingenieurkongreß Ihrer Partei in Düsseldorf. Das gemeinsame Leitmotiv dieses Disputs war damals, daß die Technik dem Menschen zu dienen habe. Und nicht umgekehrt.

Das hinderte Herrn Glotz aber nicht daran, uns nach jeweils zwei Minuten Redezeit das Mikrophon abzustellen. Und zwar durch einen Computer.

Etwas hat sich geändert seit damals. Während ich mich damals so richtig in der „Höhle des Löwen“ wähnte, so habe ich heute das Gefühl, daß auch Ihre Partei den Dialog mit der Wirtschaft nicht nur fördert, sondern daß wirtschaftliche Zwänge und technische Chancen durchaus gesehen werden.

Wenn ich in der Einladung zu dieser Veranstaltung aber den nur allzu vertrauten Satz lese: „Die Entwicklung der Produktivkräfte darf sich in Zukunft nicht in unregelmäßigen Bahnen vollziehen“, dann frage ich mich aber, ob hier nicht nur die alten Lieder mit leicht verändertem Text gesungen werden.

Aber zur Rechtfertigung dieses persönlichen Mißtrauens halte ich mich an Karl Schiller, der auf ihrem Münsteraner Parteitag Gustav Dahren-dorf mit den Worten zitierte:

„Die Marktwirtschaft ist eigentlich am besten in den Händen der Regierung aufgehoben, die der Marktwirtschaft selber kritisch gegenübersteht, weil sie durch sie nicht geistig korumpiert werden kann.“

Das müßte nach meiner Überzeugung dann aber auch umgekehrt gelten: staatliche Technik-Politik ist dann ja wohl auch am besten bei den Unternehmern aufgehoben.

Nun, die Zukunft des Fortschritts ist ein zentrales Thema, eines das alle, Unternehmer eingeschlossen, angeht. Und Fortschritt ist keinesfalls nur technologischer Wandel, auch wenn viele der brennenden Themen unserer Tage – von den fantastischen Möglichkeiten der Supraleitung bis zum Reizwort der Sonntagsarbeit – natürlich mit Technik zu tun haben. Er ist „integrativ“ zu sehen, als „Qualität der Aufgabenbewältigung“.

Zwei Punkte will ich ansprechen:

1. Was ist das mit dem Fortschrittsbegriff, wie Sie ihn hier verwenden?
2. Was ist die Rolle von Staat und Gesellschaft im technischen Wandel?

Wenn ich hier sage „Wirtschaft“, dann muß ich auch gleich zugeben, daß es innerhalb des Unternehmerlagers genausoviel Vielfalt wie innerhalb Ihrer Partei gibt.

Da gibt es natürlich unterschiedliche Interessenlagen je nach Branche. Sonntagsarbeit ist ein Thema für die Chipfabriken, Glasfaserproduktion und Textil. Keins für die Banken, die Automobilindustrie. Keines mehr für die Fluggesellschaften, die Landwirtschaft, die Gastronomie, die Chemie oder Stahl.

Dann gibt es unterschiedliche Interessen je nach Region. Neuansiedlungen in Gebieten, wo der Arbeitsmarkt leergefegt ist, werden nicht mit der gleichen Freude begrüßt wie in strukturschwachen Regionen.

Dann gibt es auch Unternehmer, die von der Berechtigung einer Standortdiskussion angesichts der guten Konjunktur und der zweimaligen Exportweltmeisterschaft nichts wissen wollen und solche, die sich



**Hans-Olaf Henkel**

aufgrund des schnellen Aufholens des Auslandes und des Jahres 1992 Sorgen um die zukünftige Standortqualität machen.

Ich vertrete eben nur einen Standpunkt, nämlich den eines verantwortlichen Unternehmens mit viel Produktion, mit Forschung und Entwicklung in diesem Land, mit der Verantwortung für 30 000 direkte und noch einmal 20 000 indirekte Arbeitsplätze (bei Lieferanten und Vertriebspartnern) in der Schlüsselbranche der Informationstechnik. Mit immer stärkerem Konkurrenzdruck aus Ostasien – denn in meiner Branche ist Deutschland im letzten Jahr schon mit 2,3 Milliarden Mark defizitär gewesen – ohne den größten deutschen Exporteur, also ohne die IBM Deutschland, wäre dieses Defizit noch einmal 600 Millionen Mark höher gewesen.

Nun zur **ersten** Frage, zum Fortschrittsbegriff.

Gibt es einen anderen Fortschritt? Es gibt ihn nicht, wenn man ihn so versteht, daß er dem Menschen dienen soll. Man sollte anstelle zwei andere Fragen stellen: Die eine: Was dient dem Menschen? Und die andere: Wissen wir wirklich immer, was dem Menschen dient?

Fortschritt ist auf humane Aspekte hin nicht **isolierbar**, Technik und Wirtschaft sind immer mit dabei gewesen und werden immer dabei sein. Nehmen Sie die neuen Chipgenerationen. Hier sind natürlich Technik und – über den Welt- und Binnenmarkt – auch die Ökonomie und – über die betriebliche Weiterbildung – natürlich der Mensch im Zusammenhang zu sehen.

Fortschritt ist auch nicht immer **planbar**. Innovation war selten eine planmäßige Abwicklung von Entwicklungsaufträgen. Selbst Gorbatschow glaubt nicht mehr an die **Planwirtschaft**.

Unerwünschte oder gar gefährliche Folgen sind nicht immer **abschätzbar**. Zur gedanklichen Abschätzung braucht man auch in Zukunft Erfahrung – wenn auch in einigen neuen Techniken man sich auf „trial and error“ nicht mehr verlassen kann. Um gefährliche oder unerwünschte Folgen abzuwehren, sind in Zukunft in erster Linie Flexibilität und schnelle Reaktionsfähigkeit gefordert.

Aber eine wirksame **Lenkung** des Fortschritts kann nur durch ein gemeinsames Verständnis über das Wertegefüge in einer Gesellschaft passieren. Dabei muß man aber immer die Langzeitperspektive im Visier haben. Wenn die Länge und die Gestaltung der Freizeit bei uns für wichtiger gehalten wird als in anderen Gesellschaften, dann hat das Konsequenzen, die letzten Endes auch wieder auf die Qualität unserer Freizeit zurückschlagen.

Zur **zweiten** Frage:

Zur Rolle von Staat und Gesellschaft im technischen Wandel.

Gefordert ist der Staat, dem technischen Fortschritt Prioritäten zu setzen, Rahmenbedingungen zu schaffen, Ziele vorzugeben. Prioritäten, wie den Abbau der Arbeitslosigkeit, Rahmenbedingungen, wie die Li-

beralisierung der Telekommunikation, Ziele, wie die Verkürzung der Studienzeiten um aktuelles wissenschaftliches Wissen in der Wirtschaft zu haben.

Gefordert ist der Staat insbesondere da, wo es darum geht, gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen: durch rechtzeitige und klare Zielvorgaben (Umwelt, Rüstung, Gesundheit).

Nicht gefordert ist der Staat überall da, wo die Wirtschaft es besser machen kann: Forscher, Wirtschaftler und Ingenieure brauchen Freiräume für den technischen Fortschritt. (Philosophische Frage: Dürfen wir nicht mehr erfinden, was schädlich ist?)

Und die vielen wohlgemeinten Vorschläge zur Steuerung dürfen den Fortschritt selbst nicht so stark belasten, daß am Schluß nichts zum Steuern übrig bleibt.

Soviel zum **Staat**.

Zur **Gesellschaft** drei Aussagen:

Wir alle sollten einen Konsens darüber erzielen, daß wir mehr Technik brauchen, daß wir mehr Freiheit brauchen, und daß wir mehr Mut haben müssen. Und zwar besonders deswegen, weil wir – vom Binnenmarkt bis zum Umweltschutz – vor gewaltigen Aufgaben stehen.

Zur **Technik**:

Bei zu vielen in der SPD, bei zu vielen in den Gewerkschaften wird der „technische Fortschritt“ noch zu oft mit „sozialem Rückschritt“ gleichgesetzt.

Das ist eine naive Formel und eine gefährliche obendrein.

Sie ist naiv, weil sie glatt übersieht, daß der bisherige soziale Fortschritt eben nur mit mehr Technik und nicht weniger möglich war.

Sie ist gefährlich, denn wir sind sonst dabei, die großen Chancen des technischen Fortschritts zu verspielen.

Moderne, intelligente, und richtig eingesetzte Technik

- rationalisiert eben nicht nur alte Arbeitsplätze weg – sie schafft auch neue. (Es gibt bei uns jetzt 3750 Softwarehäuser mit 50000 Mitarbeitern.)
- Sie führt nicht zu monotonen Arbeitsinhalten – im Gegenteil, sie macht unsere Arbeit interessanter. (Fragen Sie Mitarbeiter mit Bildschirmarbeitsplätzen.)
- Sie führt nicht zu einer Dequalifizierung der Arbeit – sie stellt höhere Ansprüche. (Das ist einer der wichtigsten Gründe für unsere strukturelle Arbeitslosigkeit.)
- Sie verbraucht nicht nur Energie – sie spart auch und hilft neue Quellen zu erschließen. (Denken Sie an die Möglichkeiten der Supraleitung.)
- Sie belastet die Umwelt nicht nur – sie kann sie auch entlasten. (Denken wir an den Katalysator.)
- Sie muß nicht den Graben zwischen Dritter Welt und uns vergrößern, sie kann ihn auch zuschütten helfen. (Denken wir an Landwirtschaft, Medizin.)

Mehr Lebensqualität ist auch in Zukunft nur möglich durch mehr Technik und nicht durch weniger Technik.

Zur **Freiheit**:

Wir brauchen mehr **Freiheit**, besonders in der Arbeitswelt.

Moderne Technik bietet hier Chancen, die der alten Utopie vom „Reich der Freiheit“ verblüffend ähneln.

Freie Wahl des Arbeitsortes, der Arbeitszeit, und letztlich des Arbeitsplatzes; Selbständigkeit; Mobilität; Selbstbestimmung.

Sie und ich wissen, daß es dafür nicht nur technische Möglichkeiten und wirtschaftliche Erfordernisse, sondern auch echte menschliche Bedürfnisse gibt.

Nur unsere gesellschaftlichen Institutionen waren bisher nicht in der Lage, in der Frage der Flexibilität über ihren Schatten zu springen. Natürlich ist und bleibt Sonntagsarbeit – in unserem Fall für 400 Freiwillige in einem Produktionsprozeß der fast nirgends auf der Welt mehr unter-

brochen wird – die Ausnahme. Aber ich plädiere für mehr „pragmatische Fantasie“ bei Teilzeitarbeit, Heimarbeitsplätzen, sabbatical years, Einbezug des Samstags, Weiterbildungs-Pause etc.

Wenn wir die Menschen und ihre Wünsche ernst nehmen, bringt das nicht nur eine bessere Ausnutzung wirtschaftlicher Investitionen sondern auch ein „Mehr an individueller Freiheit“.

In vielen Gesprächen mit Ausländern erlebe ich immer wieder ein Kopfschütteln über unsere Gesetze, unsere Normen, unsere Laden-schlusszeiten, die vielen staatlichen und gewerkschaftlichen Eingriffe in individuelle Freiheit.

Wollen die Deutschen wirklich immer wieder zu ihrem Glück gezwungen werden?



**Oskar Lafontaine** im Gespräch **Hans-Olaf Henkel**

**Drittens:** Wir brauchen mehr **Mut**.

Im Vergleich zum Ausland müssen wir aufpassen, daß wir nicht im Diskutieren steckenbleiben – während die anderen handeln.

Diskussion darf kein Selbstzweck werden.

Sie darf vor allem nicht dazu führen, daß Angst vor Technik entsteht und in Pessimismus und Skepsis umschlägt.

Aus Umfragen wissen wir: Genau das ist bei uns Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre mehr als anderswo geschehen. Ich will mich klar ausdrücken: Nicht die damalige Technik – Diskussion an sich ist zu kritisieren, sondern die teilweise irrationale und polarisierende Diskussion. Das hat wertvolle Zeit gekostet und Kräfte gebunden. So hat man zwischen Ökologie und Ökonomie einen Gegensatz konstruiert und dabei vergessen, daß nur mit einer funktionierenden Wirtschaft die ökologischen Versäumnisse abgebaut werden können.

Mir sind intelligente Entscheidungen auch lieber als mutige.

Aber alles „Technologiefolgediskutieren“ stößt irgendwann auf heutige Erkenntnisgrenzen. Und mit dem Zaubertrank „Sozialverträglichkeitsprüfung“ dreht man sich oft nur im Kreise.

Wir Deutschen müssen endlich mal wieder unsere Reformfähigkeit unter Beweis stellen. Bei allen wichtigen Standortkonkurrenten ist die Post liberalisiert, sind die Unternehmensteuern gesenkt, die Nutzung der Investitionen flexibilisiert worden. Der Standort Bundesrepublik hat sich nicht verschlechtert, die anderen Standorte haben sich verbessert. Und im internationalen Standortwettbewerb zählen nur relative Veränderungen. Und die gingen klar zu unseren Lasten.

Wir sollten wieder mehr darauf vertrauen, auch künftig Gefahren beherrschen zu können, und uns nicht mit ungeeigneten Instrumentarien in eine Kette von Absicherungen flüchten, die letztlich doch keine Sicherheit geben.

Mut zur Technik heißt auch, Verantwortung für die Folgen zu übernehmen. Alle, Gewerkschaften, Staat, Unternehmer vorneweg.

Ein Wort zur Mitbestimmung in diesem Zusammenhang: Die hat sich bisher bewährt in unserem Land.

Wir sollten aber wissen: Sie kostet viel Geld und Zeit. Sie muß auch deshalb begrenzt sein. Neue Stufen der Mitbestimmung, also wie ins Gespräch gebracht bei „neuen Technologien“ (deren Folgen übrigens bereits mitbestimmt sind), kann ich nicht als nützlich ansehen. Für mich entscheidend ist aber: Mitbestimmung darf nicht an dem Kern der Führungsfähigkeit des Unternehmens gehen. Und da sehe ich eben leider, daß die SPD sich unter dem Oberthema „Mitbestimmung“ immer dem Aspekt der „Kontrolle“ und nicht dem der „Führung“ zuwendet.

Mehr Mut heißt schließlich ebenfalls: Wir müssen auch Geld heranschaffen. Dazu muß man auch den Mut haben, auf einem SPD-Forum zu sagen, daß Unternehmen Gewinne brauchen.

## Ein anderer sozialer Fortschritt

**Fritz Vilmar**

Im Folgenden werde ich drei Prinzipien und zwei Schwerpunkte eines „anderen“ sozialen Fortschritts zur Sprache bringen.

Erstens: Reden von Fortschritt wird absurd, solange wir auf einem atomaren Pulverfaß leben. Wirklicher Fortschritt kann nur gesichert werden durch eine auch konfliktfähige-sicherheitspolitische Konzeption, die der atomaren Selbstmordstrategie der Nato die entschiedene Forderung nach Denuklearisierung, insbesondere Denuklearisierung der Bundesrepublik und der Umrüstung auf strikt defensive Verteidigung entgegenstellt im Rahmen eines Gesamtkonzepts von Friedenspolitik. Der an sich gute sozialdemokratische Zielbegriff der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ ist leider weitgehend Wischiwaschi geblieben. Er ist im Sinne strukturell defensiver nichtatomarer Verteidigung zu präzisieren. Der begrenzte Konflikt mit den Atommächten anstelle servilen Wohlverhaltens wird angesichts der anstehenden Hochrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen zur nationalen Überlebensfrage. Wenn wir von Fortschritt reden, muß eine mutigere Alternativkonzeption zur herrschenden Lehre stärker, deutlicher, allgemein verständlich vorgetragen werden.

Das zweite Prinzip ist ein qualitativ zu erweiternder Reformbegriff. Wirkliche Fortschrittspolitik darf nicht länger fixiert bleiben auf fortschrittliche Gesetze, auf das, was der Staat machen kann und soll, und was in den Programmen als Zielsetzung steht, wenn man die parlamentarischen Mehrheiten hat. Diese sind wichtig, wer wollte das bestreiten, aber eine neu orientierte Fortschrittspolitik setzt gleichgewichtig auf die Selbstveränderung der Menschen, auf autonome Sozialgestaltung und Selbstorganisation. Entscheidende Prozesse einer Humanisierung der Gesellschaft können überhaupt nicht oder können kaum durch Politik von oben, durch Gesetze in Gang gebracht werden, sondern nur durch alternatives Verhalten und Handeln der Menschen selbst. Dieses müßte in einem demokratisch-sozialistischen Programm nach Verabschiedung aller staatssozialistischer Träume sehr viel deutlicher zum Tragen kommen.

Ich nenne hier nur die Reformen durch Selbstveränderung durch so-

ziale Selbsthilfe und Selbstorganisation, z. B. durch Abbau des Patriarchats. Auch eine Bewegung des „kritischen Konsums“ gehört dazu, die eine ungeheure Wirkung haben könnte. Es geht um Förderung autonomer Initiativen der sozialen Selbsthilfe in allen gesellschaftlichen Bereichen auch im Bereich der freiwillig vereinbarten Arbeitszeitverkürzung: ein Bereich, der von der SPD sträflich vernachlässigt worden ist, in der allerdings auch die Industrie versagt hat, indem sie gar keine Flexibilisierung, die auch die Menschen möchten, anbietet, und um Förderung genossenschaftlicher „alternativer“ Projekte.

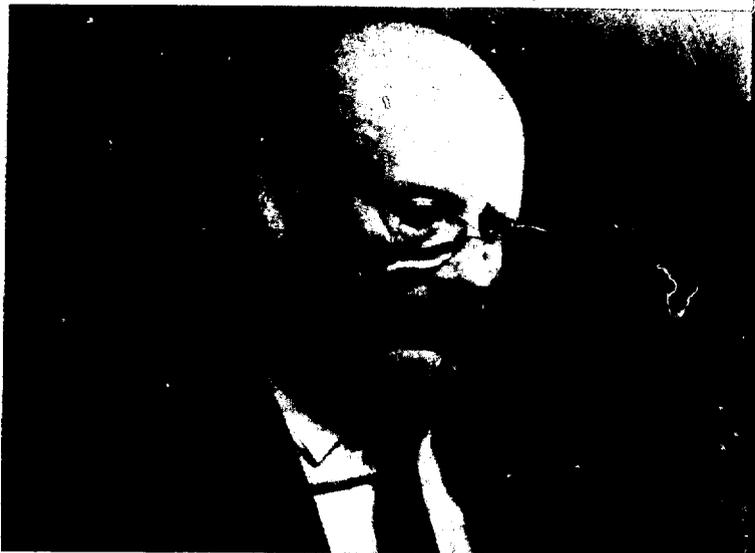
Politik sollte diese autonomen Initiativen mehr fördern, statt zu glauben, alles durch den Staat für die Menschen machen zu müssen.

Das dritte Prinzip eines „anderen“ Fortschritts ist eine radikale Zielkorrektur des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft selbst: Wirkli-

chem Fortschritt dient nur eine Politik, die materielles Wachstum schonungslos als zerstörerische kollektive Droge diagnostiziert und beginnt, Geist und Gesellschaft von dieser Droge zu heilen. Wachsen, reich werden, ist an sich nicht schlecht. Aber jetzt geht es um das Er-Wachsen-Sein. Unsere Gesellschaft wirkt wie ein „Erwachsener“, der mit 30, 40 Jahren immer noch glaubt, weiter wachsen und wachsen zu müssen: eine perverse Vorstellung! Wir brauchen heute von einer Fortschrittspartei statt allzu schüchterner Anmerkungen über „qualitatives Wachstum“ und „ökologische Modernisierung“ konkrete Alternativszenarien einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, die zeigen, daß und wie wir ohne das destruktive Wachstum auf unserem unerhört hohen Niveau erzeugter Güter- und Dienstleistungen, durch sinnvolle Umverteilung und sinnvollem Umgang mit diesen Gütern und Dienstleistungen, nicht schlechter, sondern wesentlich besser und gesünder leben können.

Nach diesen drei allgemeinen Prinzipien eines „anderen“ Fortschritts, die ich hier nur anreißen kann, erlauben Sie mir, auf zwei Schwerpunkte wenigstens noch hinzuweisen: Erstens geht es um das, was ich eine solidarische Politik der Arbeitsumverteilung nennen möchte. Sie ist der Schlüssel zu einer menschlichen Arbeits- und Wirtschaftsordnung, wenn wir erkannt haben, daß ein wirkliches Fortschrittsprogramm für Arbeit und Wirtschaft nicht länger auf ökonomischem Wachstum basieren kann. Selbstverständlich gibt es ökonomische Randpolitiken eines ökologisch verantwortbaren Wachstums. Aber sie kann aus weltwirtschaftlichen und ökologischen Gründen nicht auf ökonomischem Wachstum, auch nicht auf noch so gut ökologisch gerechtfertigtem Wachstum basieren, sondern nur auf einer systematischen energischen Umverteilung der Arbeit, so daß die Millionen Arbeitssuchenden Arbeit finden. Dazu gibt es neben vielen Seitenwegen drei Hauptstrategien:

1. gesetzliche rigorose Maßnahmen zur Limitierung und zum Abbau von Überstunden, die uns heute zwischen 500000 und einer Million Arbeitsplätze kosten;
2. die schnelle Einführung der 35-Stunden-Woche (in den 90er Jahren wird die 30-Stunden-Woche noch zur Debatte stehen), mit vollem Lohnausgleich der unteren Einkommensbezieher. Denn es gibt keine großen Schritte der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich für alle.



**Fritz Vilmar**

### 3. die gesetzliche Förderung und Prämierung freiwilliger Teilzeitarbeit.

Ein zweiter Schwerpunkt alternativer Fortschrittspolitik ist die schrittweise Vergesellschaftung des Staates. Wirklichen sozialen Fortschritt kann man nicht länger durch immer weiteren Ausbau zentralistischer Betonstrukturen der sozialen und schulischen Betreuung erreichen. Notwendig ist ein konsequenter Umbau der Sozial- und Bildungspolitik im Sinne einer Dezentralisierung und/oder Vergesellschaftung dieser zentralstaatlichen Betonpolitik. Das bedeutet, so weit wie möglich im Sinne richtig verstandener Subsidiarität (ich darf darauf verweisen, daß die Grundwertekommission der SPD über die richtig verstandene Subsidiarität und diesen Umbau sehr präzise Vorschläge schon 1982 publiziert hat) Mittel der Steuerzahler in dezentrale und selbstorganisierte Einrichtungen sozialer Selbsthilfe und freier Bildungsstätten umzuleiten, wo sie nachweislich menschlicher und effektiver eingesetzt werden können.

Konservative haben zum Teil diesen notwendigen Umbau eher als Sozialdemokraten begriffen. Aber im Gegensatz zu einer konservativen Politik des sozialstaatlichen Umbaus, die allzusehr zu Privatisierung statt Vergesellschaftung der staatlichen Funktionen tendiert und Sozialbudgets einsparen möchte, geht es fortschrittlicher Sozialpolitik und Bildungspolitik darum, vorhandene Mittel nicht einzusparen, sondern sie durch Kooperation mit autonomen gesellschaftlichen Initiativen humaner und wirkungsvoller einzusetzen. In diesem Sinne ist die aktive Förderung von zehn Jugendwohngemeinschaften fortschrittlicher als der Neubau eines Jugendwohnheims. Prinzipiell gesprochen: Der Staatssozialismus ist nicht nur im Osten ad absurdum geführt worden. Auch im Westen sollten Sozialdemokraten Wege aufzeigen und vorangehen, anstelle der Verstaatlichung, der Verbürokratisierung der Gesellschaft wo immer möglich die Vergesellschaftung des Staates voranzutreiben.

## Es kommt darauf an, wer den Fortschritt bestimmt

Ilse Brusi

Meine Herren und Damen, wenn einige Nachdenkliche an den gesellschaftlichen Fortschritt kritische Fragen stellen, dann hindert das andere Unbedenkliche nicht, weiterzumachen und im Namen des Fortschritts ihren Geschäften nachzugehen. Wir sollten uns nicht einbilden, daß es ein zeitgenössisches Verdienst sei, kritische Fragen an das Fortschreiten der Industriegesellschaft zu stellen. Es gibt kein Stadium des Industrialisierungsprozesses, das nicht von kluger und auch leidenschaftlicher Kritik begleitet war. Da agierten selbstverständlich auch immer solche Kassandras, deren Warnungen in unseren Ohren heute nur noch Heiterkeitserfolge sind.

1835 fuhr die erste Dampflokomotive zwischen Nürnberg und Fürth und das bayerische Obermedizinalkollegium warnte damals, die schnelle Bewegung des Dampfwagens muß bei den Reisenden unfehlbar eine Gehirnkrankheit, das Delirium Furiosum erzeugen. Mir bleibt dabei das Lachen im Halse stecken, weil es zu den beliebtesten Methoden rücksichtsloser Betreiber des ökonomisch technischen Fortschrittes gehört, die sogenannten Bedenkenträger lächerlich zu machen.

Ich erinnere etwa an die gereimte Weisheit der Atomlobby. Atomkraftgegner würden mit kalten Hintern in irgendwelchen Höhlen überwinteren. Die Kritiker des ökonomisch technischen Fortschritts werden von der jeweils herrschenden Meinung gerne auch des Radikalismus bezichtigt.

In Wirklichkeit aber und das ist meine erste These, ist nichts und niemand radikaler als der gewöhnliche industrielle Fortschritt. Für ein gutes Geschäft entwurzelt er alles. Er wirbelt die Lebensverhältnisse von Menschen, der Tiere und der Pflanzen in so atemberaubendem Tempo durcheinander, daß viele und vieles dabei auf der Strecke bleibt.

Die einzelnen Schritte des Fortschritts wurden und werden offiziell damit begründet, sie könnten die Erde bewohnbarer machen. Inzwi-



**Ilse Brusis**

schen hat uns der Fortschritt aber so weit gebracht, daß der Mensch die Erde sowohl mit zivilen als auch mit militärischen Mitteln in kürzester Zeit unbewohnbar machen kann. Insofern hat die Auseinandersetzung um die Zukunft des Fortschritts eine vorher nie gekannte Dimension bekommen. Das Zerstörungspotential, das im Namen des Fortschritts aufgehäuft wurde, ist heute ohne Zweifel größer als das Potential zur Herstellung paradiesischer Zustände. Sind inzwischen die realen Zerstörungen des fortschreitenden Industrialisierungsprozesses größer als sein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Qualität des Lebens? Die Art wie diese Frage normalerweise diskutiert wird, scheint mir ausgesprochen unersprießlich. Die einen zählen die lange Liste negativer Folgen auf und die anderen die Vielzahl positiver Auswirkungen. Demgegenüber lautet meine zweite These: Fortschritt ist

zwar ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß. Aber seine Bewertung darf von der Perspektive der Betroffenen nicht abstrahieren. D. h. wir dürfen den Fortschrittsbegriff nicht minder kritisch gebrauchen als etwa den Freiheitsbegriff. Wir haben im Prinzip und im Detail nachzufragen, Fortschritt für wen und Fortschritt auf wessen Kosten? Ich denke das gilt auch für den anderen Fortschritt, wenn es ihn denn gibt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind sich im aktuellen Fall fast nie einig, ob es sich um Fortschritt oder um die Verhinderung von Fortschritt handelt. Aufgrund bisheriger Erfahrungen würde es nicht überraschen, wenn die Unternehmer die 35-Stunden-Woche in gut zehn Jahren als ein Beispiel für die Segnungen der modernen Industriegesellschaft bezeichnen. Heute verfluchen sie sie noch. Was die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihre Gewerkschaften an sozialen Fortschritten durchsetzen, haben Unternehmer und die ihnen politisch nächsten:enden sehr häufig zuerst verteuelt und ein paar Jahre später als Beweis für die Fortschrittlichkeit unserer Gesellschaft angesehen. Aber ich sage auch umgekehrt und das ist auch eine Erfahrung, die ich als Gewerkschafterin ehrlicherweise hinzufügen muß, haben sich Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihre Gewerkschaften oft genug gegen technische Weiterentwicklungen gewehrt und sie später als Beweis für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft herangezogen.

Allerdings niemand kann ernsthaft bestreiten, daß es nicht die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind, sondern die Unternehmensvorstände, die darüber entscheiden, was und wieviel und wo und wie produziert wird oder auch als Dienstleistung angeboten wird. Es handelt sich dabei um Entscheidungen, die in höchstem Maße für den Zustand unserer Welt mitverantwortlich sind. Ich muß nicht darüber belehrt werden, daß auch Unternehmensvorstände nicht frei sind in ihren Entscheidungen, daß sie vieles dabei berücksichtigen müssen, aber das ändert alles nichts daran, daß **sie** diese Entscheidungen fällen, und zwar nach Maßgabe ihrer Interessen. Und weil das so ist, erleben eben viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen den Siegeszug der Technik in der Regel zuerst als eine Kette von Niederlagen, von Arbeitsplatzverlusten, von Dequalifikationsprozessen, von Anpassungszwängen und von neuen Abhängigkeiten. Diese Niederlagen müssen nachträglich durch soziale Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung und Beteiligung am Produktivitätsgewinn und um verbesserte Arbeitsbedingungen wettgemacht werden. Indem sie sich etwas von den Früchten des Fortschritts holen, ändern Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

nicht dessen Richtung und dessen Inhalte. Ein Umstand aus dem besonders kritische Kritiker den Schluß ziehen, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften seien mit schuldig an den negativen Folgen des Industrialisierungsprozesses, z. B. in der Dritten Welt. Ich fordere diese Kritiker auf, uns dabei zu helfen, Demokratie in die Betriebe und Büros zu tragen. Dies ist kein Plädoyer gegen eine weitere technische Entwicklung. In der technischen Entwicklung liegt ein hohes Potential zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen und zur Requalifizierung von Arbeitsplätzen. Aber, und dies ist meine dritte These: Ich denke, es kann einen anderen Fortschritt nur geben, wenn andere – und d. h. immer auch andere Interessen – in die Entscheidungsprozesse über das Fortschreiten der Industriegesellschaft mitbestimmend eingreifen können. Die Fortschritte der Vergangenheit haben auch und gerade deshalb zu Resultaten geführt, die wir heute beklagen, weil über unsere Lebensumstände weitgehend hinter verschlossenen Türen und nicht im offenen gesellschaftlichen Dialog entschieden wurde. Solange wir es Wirtschafts- und Machteliten erlauben, Richtung und Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Entwicklungen zu definieren, solange Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und mit ihnen die Mehrheit der Bevölkerung nur mit den Folgen dieser Festlegungen beschäftigt bleiben, solange wird der Fortschritt im wesentlichen der Rationalität des Buchhalters und nicht gesamtgesellschaftlicher Vernunft folgen. Die Resultate dessen, was sich als Fortschritt vollzieht, und der Prozeß seiner Durchsetzung haben, denke ich, viel miteinander zu tun.

Damit bin ich wieder am Ausgangspunkt meiner Überlegungen. Wir können noch so schlaue Analysen der Defizite, der Risiken, der Lebensgefahren einer unkontrollierten Technikentwicklung machen, wir können noch so schöne Utopien einer ökologisch vernünftigen, sozial gerechten und humanen Entwicklung ausmalen. Ohne die herrschenden wirtschaftlichen Machtstrukturen in Frage zu stellen, werden wir die undankbare Rolle des Kulissenschiebers behalten in einem Stück, dessen Regie andere führen.

## Diskussion

**Gerd Köhler**

Ich bin Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GEW und dort zuständig für den Bereich Hochschule und Forschung. Von daher kommen meine Anmerkungen zu zwei Punkten.

Einmal möchte ich Herrn Eppler ansprechen, zum anderen Herrn Henkel.

Herr Eppler hat die Steuerung wissenschaftlich technischer Innovationen gefordert. In den forschungspolitischen Aussagen der GEW gibt es eine entsprechende These, sie heißt: „Wir wollen, daß das Tempo des wissenschaftlich technischen Fortschritts an das Tempo seiner sozialen Beherrschung gebunden wird.“ Wer bei der Realisierung eines solchen Satzes nicht an Verbote denkt oder Verbote nicht für sinnvoll hält, der muß im Sinne kritisch aufklärerischer Positionen für öffentliche Diskussion plädieren; dafür eintreten, daß das möglich ist, was Herr Eppler in anderem Zusammenhang Meinungerarbeitungsfreiheit genannt hat.

Mein Problem ist folgendes: Wie kann diese Meinungerarbeitungsfreiheit gesichert werden, wenn Forschung heute häufig dann aufhört, wenn die Ergebnisse dieser Forschung in einer Fachzeitschrift beerdigt worden sind. Ist es nicht erforderlich, daß wir die Hochschulen auch in die Lage versetzen, das, was bei ihnen erarbeitet worden ist, in der Form von Weiterbildungsprogrammen weiterzugeben. Aber nicht nur an die leitenden Angestellten in den Unternehmen, sondern auch an die Betriebsräte, die ja mit Neuerungen im Bereich der Robotertechnik oder anderen neuen Verfahrenstechniken umgehen müssen. Warum gibt es hier so wenig konkrete Ansätze, so wenig Förderung der Teilhabe von Betroffenen an dem, was als wissenschaftlich technischer Fortschritt produziert wird?

Mein zweiter Punkt: Herr Henkel hat Freiheit gefordert. Freiheit für das Nachdenken über neue Produkte und darüber, diese auch entwickeln zu können. Im Hochschulbereich hat die konservativ-liberale Bundesregierung durch die Neuregelung der Drittmittelforschung viel „Freiheit“ geschaffen. Viele wohlüberlegte Schranken, die mit dem Hochschulrahmengesetz Mitte der 70er Jahre eingeführt wurden, sind außer Kraft gesetzt worden. Wildwuchs, so meine Behauptung, macht sich breit: Die Interes-

## Günter Altner

Eines ist ja ziemlich provozierend. Was heißt hier, daß man mit rationalen Argumenten da nicht dahinterkommt. Halten Sie denn Ihre Position für rationaler?

Gibt es nicht viele Vernunftgründe, die dafür sprechen, am Menschen vielleicht doch nicht gentechnisch herumzufummeln. Ist das nicht vielleicht doch vernünftiger als die linke Angriffsmentalität? Heißt Wissenschaft nicht auch, die Folgen des eigenen Erkennens zu reflektieren?

## Peter Glotz

Also wir sind jetzt in der Max Weber'schen Erkenntnisgrenze der dämonischen Entscheidung. Ich entscheide mich jetzt dämonisch für meine Position, Sie haben sich vorher dämonisch für Ihre entschieden.

Ich zweifle, daß das mit Worten, die ich jetzt machen kann, oder die Sie jetzt machen können, noch sehr viel plastischer wird. Auf der pragmatischen Ebene haben wir deutlich beide gesagt, es gibt zur Zeit keinen Grund für embryonenverbrauchende Forschung. Es darf allerdings auch keine Heuchelei geben. Die Beurteilung der Praxis, wie mit abgetriebenen Embryonen im dritten Monat in Krankenhäusern und wie mit dem Eisprung entstehenden Embryonen umgegangen wird, halte ich nicht für sonderlich vertretbar. Der eine Embryo fällt in den Kübel, das darf niemanden interessieren, das ist halt so, und beim anderen wird da ein Brimborium gemacht, das mit der Wirklichkeit in Krankenhäusern nicht übereinstimmt. Da finde ich, fängt die Heuchelei an. In der praktischen Situation bin ich deswegen gegen ein Gesetz, weil Gesetze ungeheuer zementierend sind. Aber ich bin in der Tat mit Ihnen der Auffassung, daß es solche Forschung jetzt nicht geben sollte. Nur im Grunde ist Ihre Grundposition, wenn ich sie mit einem ganz einfachen Satz beschreiben darf, daß man eben doch die Frage stellen muß, darf ich dem lieben Gott ins Handwerk pfuschen? Ich habe dem reformierten § 218 StGB im Bundestag zugestimmt. Ich stimme ihm weiter zu. Deswegen kann ich bestimmte Formen von Bedenken gegen Forschung in der gegebenen Form **nicht** teilen.

## Diskussion

### Johano Strasser

Ich glaube, ein Manko dieses Disputs ist, daß Aufklärung und Fortschritt hier doch sehr stark auf die kognitive Seite reduziert worden ist: Erkenntnisgewinn zum Zwecke des Zugewinns an Möglichkeiten der Naturbeherrschung. Aber es gehört ja zum Aufklärungsbegriff und zum Fortschrittsbegriff der Aufklärungszeit dazu, daß es um einen Gewinn an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geht. Wenn man dies beherzigt, kann man reale Fortschrittsprozesse immanent mit den Kategorien der Aufklärung kritisieren. Die Frage wäre, ob unser industrialistisches System, wenn es den Trend weiterverfolgt, den es in den letzten Jahrzehnten aufgewiesen hat, tatsächlich einen Zugewinn an Freiheit, an Gleichheit, mehr Chancen für brüderlichen Umgang zwischen den Menschen produziert. Ich bezweifle das. In jedem Fall ist dies eine ganz andere Art der Argumentation. Man braucht nicht aus dem ideengeschichtlichen Kontext der Aufklärung auszusteiern.

Eine zweite Bemerkung: Die Überschrift lautet ja eigentlich: Ist das sozialdemokratische Zeitalter am Ende? Es ist nicht zu leugnen, daß das klassische sozialdemokratische Politikmodell der Nachkriegszeit auf einer Reihe von Voraussetzungen beruhte, die heute nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben sind. Man setzte relativ hohe ökonomische Wachstumsraten als gegeben oder doch bewußt erzielbar voraus. Dann versuchte man den Wachstumsgewinn zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Menschen umzuverteilen (mit mehr oder weniger Erfolg) und ein sozialstaatliches System zu schaffen und zu perfektionieren, das im wesentlichen als ein Kompensationssystem konzipiert war. Ich glaube, daß dieses typisch sozialdemokratische Politikmodell am Ende ist. Dies funktioniert nicht mehr. Das ist der vernünftige Kern der Diskussion über das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Alles andere ist Propaganda, Wunschdenken, Semantik.

Nun ist von der Veränderung der Voraussetzungen keineswegs nur die sozialdemokratischen Politikvorstellungen betroffen. Das hier Gesagte gilt erst recht für die bürgerlich-konservative Politik und auch für die klassisch liberale Politik.

einmal, um diese Diskussion richtig lebendig zu machen, hinzufügen: Ich sehe auch heute keine grundsätzliche Alternative zum Cartesianischen Dualismus.

Ich sehe keine grundsätzliche Alternative zum „entdeckenden Erkennen“, (das sind alles Begriffe von Descartes) und von „eingreifender Beobachtung“. Das sind zentrale Begriffe der modernen Wissenschaft, die es allerdings nicht seit gestern, sondern seit 400 Jahren gibt.

Ich berufe mich auf die Tradition der Aufklärung und deswegen grenze ich mich bewußt von Eppler ab: Es geht nicht um „Hamann und Herder“. Herder würde viel eher in die Richtung gehen, die Günter Altner



**Peter Glotz**

formuliert. Ich spreche von einer geistigen Tradition, die bei Descartes und bei Francis Bacon beginnt. Wobei ich allerdings bitte, nicht auf das Gesamtwerk von Philosophen festgelegt zu werden, die im Jahr 1650 gestorben sind.

Um es einmal ganz praktisch zu machen: Gentechnik. Als katholischer Agnostiker habe ich große Angst, daß man in dieser Diskussion bei der Abwehr von Eingriffen in den Schöpfungsmythos des Vater-Gottes zurückfällt, d. h. einfach sagt, dies hat Gott geschaffen, da darf der Mensch nicht eingreifen. Das hieße: die Angst des Menschen vor den Fähigkeiten, die er entwickelt hat, wäre riesengroß. Ich füge hinzu: Ich nehme an, daß wir in der pragmatischen Diskussion sehr schnell gar nicht mehr so viele Streitpunkte haben werden. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Wissenschaft in die Keimbahnen des Menschen eingreifen soll. Kein Wissenschaftler in Deutschland, soweit ich sehe, kein seriöser, ist derzeit dieser Meinung.

Es gibt bestimmte Formen von Veränderung von Saatgut, die vermutlich auch Altner akzeptiert. Auf der pragmatischen Ebene wird es dann sehr schnell eine Einigung geben. Aber auf der ideologischen, bitte ich die Sozialdemokraten, die von der Aufklärung her kommen, (auch wenn sie sich politisch gerne den christlichen Kirchen nähern möchten, was ich ja pragmatisch als Mensch, der gerne Mehrheiten haben möchte, ungeheuer gut verstehe), genau zu überlegen, ob ihre Argumentation konsistent bleibt, wenn sie für die soziale Indikation beim Schwangerschaftsabbruch eintreten und die Memminger Hexenjagd in Bayern verurteilen auf der einen Seite und auf der anderen Seite bei der Gentechnik am liebsten alles verbieten möchten, was man verbieten könnte.

Ich bin zu sehr differenzierter Argumentation gerne bereit, aber manchmal habe ich den Eindruck, daß sowohl aus dem Protestantismus als auch aus der Frauenbewegung Argumente kommen, auf beiden Feldern, die nicht konsistent sind. Einer: kleinen Anklang habe ich auch bei Erhard Eppler gespürt, als er vom achten Schöpfungstag sprach. Der Mensch, der sozusagen dem lieben Gott ins Handwerk pfuscht. Ich gestehe, daß ich als agnostischer Katholik hier meine Schwierigkeiten habe. Also jeder: falls möchte ich so eine „kleine katholische Arbeitsgemeinschaft in der SPD“ schon noch begründen dürfen.

Letzter Punkt: Ich glaube, Epplers These ist richtig, daß es nicht einen Selbstlauf von Technik gibt, sondern daß dabei politische Entscheidungen zu fällen sind. Die Frage ist nur, wie sie gefällt werden können, und wie unsere Phantasie, unsere institutionelle Phantasie eigentlich arbeitet, damit wir arbeitende vernünftige Institutionen zustande kriegen. Fragen Sie sich bitte einmal, meine Damen und Herren, wie dieser grandiose gemeinsame Irrtum der deutschen Gesellschaft zum Thema Kernenergie von Erhard Eppler bis zu Häfele, bis zu Peter Glotz, bis zu Helmut Schmidt zustandekam. Wir alle haben doch gemeinsam geirrt. Wie hätte das durch andere institutionelle Verfahren verhindert werden können?

Ich rede über den Parteitag von 1956 in München, wo wir sagten, die CDU sei altmodisch, weil sie die friedliche Nutzung der Atomenergie nicht genügend betreibe, von da an bis in die 70er Jahre hinein, war ja Konsens, daß die Kernenergie eine sehr, sehr fortschrittliche Technologie sei. Hätte es irgendein anderes institutionelles Arrangement geben können, das diesen kollektiven Irrtum verhindert hätte? Ich würde übrigens einräumen: Gegenwissenschaft, Gegenexperten, die Organisation von Öko-Instituten, dies scheint mir in jedem Fall eine sinnvolle Sache zu sein, damit die Experten nicht nur von einer Seite bezahlt werden und nicht nur auf einer Seite stehen. Wo man das institutionalisieren kann, da ist das „Aufklärung“. Aber ob diese Institute diesen kollektiven Irrtum, den es ganz offensichtlich in Deutschland in allen wissenschaftlichen Schulen und allen politischen Parteien gegeben hat, verhindert hätten, dies ist eine andere Frage. Nun gebe ich zu, ich habe eine schreckliche Angst, gerade weil ich die praktische Politik in Landtagen und im Bundestag kenne, vor laisierten Kardinalskollegen. Also vor politischen Gremien, die entscheiden, welche Technologie und welche Art von Forschung betrieben und welche nicht betrieben werden darf. Laisierte Kardinalskollegen lehne ich ab.

Irgendwo in einer Schrift von Altner habe ich etwas gelesen vom geraden Weg von Galilei bis zur Atombombe. Da wäre ich dankbar, wenn er das erklären würde. Ich möchte nicht bis zu Galilei zurückgehen und dann einen anderen Weg gehen, das muß ich offen sagen, auch wenn ich nicht ein liebender Anhänger der Atombombe bin. Deswegen sage ich, Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit muß für Sozialdemokraten, überhaupt für jede aufklärerische Organisation, eine Organisation, die sich an die Aufklärung gebunden fühlt, ein ganz entscheidendes Kriterium sein.

Ich übrigens behaupte, wir haben in der Bundesrepublik ein einigermaßen gut organisiertes und funktionierendes Wissenschaftssystem und ich kann mir zur Zeit nur schwer vorstellen, wie in einem Forschungsprozeß, – wo ja der agierende Forscher gar nicht weiß, was herauskommt –, neue Normierungen möglich wären.

Eine Fülle von modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen sind Abfallprodukte. Der Forscher wollte ganz was anderes herausfinden und hat etwas gefunden, was zu finden er nie geahnt hatte. Ich warne vor allzu vielen Normierungen. Was ich mir vorstellen kann, sind allerdings drei institutionelle Neuigkeiten, sozusagen Veränderungen, über die man ernsthaft sprechen muß. Das erste ist: Ich glaube, es gibt bei den gesplitteten Eliten in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine getrennte wissenschaftliche Elite und eine getrennte politische Elite. Der Besuch von Herrn Henkel auf Kongressen der SPD ist ein klassisches Beispiel dafür. Da kommt einer als Pionier über die Grenze und wird gleich von allen beschossen. Das ist übrigens umgekehrt keineswegs anders. Das weiß ich nun ganz genau, weil ich hin und wieder das Beschußobjekt von Unternehmertagungen hin. Dies zeigt, wie abgeschottet die ökonomischen, die wirtschaftlichen und die politischen Eliten voneinander sind. Nun bin ich seit mehr als 10 Jahren im Senat der Max-Planck-Gesellschaft. Ein amerikanischer Wissenschaftler, meine Damen und Herren, der sich spontan zu irgendeinem aktuellen politischen Problem wie etwa SDI äußert, den können Sie jeden Tag finden.

Bis sich ein deutscher Ordinarius, der um seinen Ruf fürchtet, zu irgendeiner politischen Nebenbemerkung oder gar einen politischen Witz im größeren Kreis herbeiläßt, das dauert schon zwei Tage und da muß er schon sehr angewärmt sein.

Weil es diese Trennung gibt, meine ich, daß sich diese Gesellschaft überlegen muß, ob sie nicht in der Form einer Akademie, den Dialog zwischen diesen unterschiedlichen Eliten über das, was auf uns zukommt, in einem seriösen Dialog institutionalisieren muß.

Ich sage zweitens: Ich bedaure es, daß unter Mithilfe von Sozialdemokraten alle Pläne für ein Office for Technology-Assessment, also eine Lösung beim Parlament, gescheitert sind, kaputtgeschlagen wurden aus ziemlich egoistischen Administrationsinteressen der Fraktionen.

Ich glaube, daß die Amerikaner, die nun wirklich ein kapitalistisches Land sind, diese Probleme besser regeln und ihre Abgeordneten und gewählten Politiker viel eher in Kenntnis setzen, als das die deutsche Politik tut. Ich glaube, da müssen wir etwas verändern.

Das gilt für Landtage genauso wie für den Bundestag. Ich bin mit Nachdruck, obwohl ich alle Gegeneinwände kenne, für die Vorschläge, die die Enquête-Kommission des Bundestages gemacht hat, die in der SPD Hans Matthöfer und Jürgen Vahlberg vertreten haben und die dann an „höheren Instanzen“ gescheitert sind.

Ich sage drittens: Ich glaube – und da bin ich anderer Meinung als Hans Olaf Henkel –, daß eine neue Praxis der Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien auf der Ebene der Betriebsräte eingeführt werden muß.

Im Unterschied zu manchem Gewerkschaftskollegen bin ich allerdings der Meinung, daß der Unternehmer der Unternehmer bleiben muß, d. h. die „Führung“ beim Unternehmen bleiben muß. Aber ich halte die jetzigen Rechte der Betriebsräte, §§ 99 ff. Betriebsverfassungsgesetz, für unzureichend und glaube, daß die Diskussion, die hier geführt wird, auch dringend notwendig ist. Aber ich meine, über diese drei institutionellen Innovationen hinaus, die ich jetzt angedeutet habe, sollten laisierte Kardinalkollegen zur Kontrolle der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland jedenfalls unter sozialdemokratischer Führung nicht zustande kommen.

## **Günter Almer**

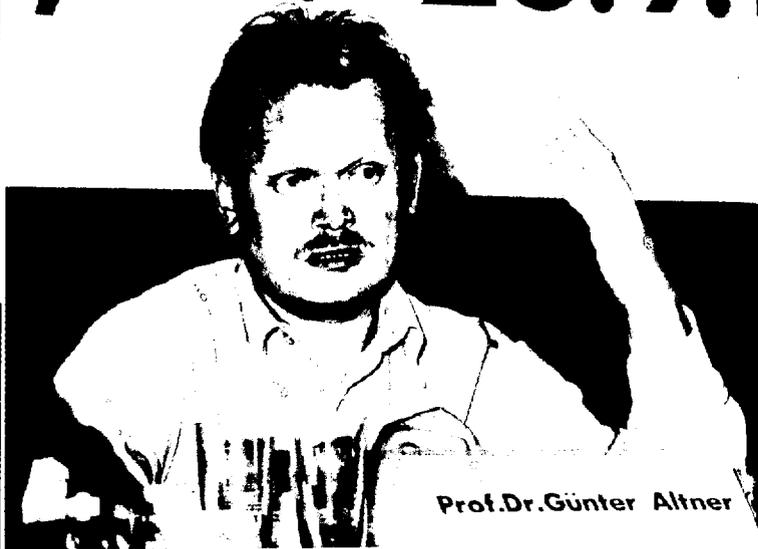
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde. Ich darf vorweg sagen, ich habe das auch schon an die Adresse der Programm-Drucker geschrieben, nicht an der Universität Heidelberg als Professor tätig, sondern an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz.

Das nächste, was ich sagen möchte, betrifft das Referat von Herrn Glotz. Ich werde nachher in der Diskussion darauf eingehen. Ich will

zunächst die Stichworte, die ich mir aufgeschrieben habe, auch kurz zur Vorstellung bringen. Dabei ist es in der Tat so, da stimme ich Herrn Glotz schon zu, daß wir in dem, was wir praktisch politisch fordern, durchaus relativ nahe beieinander sind. Über bestimmte Grundsatzfragen muß man miteinander reden. Ich habe eine große Sympathie für die Agnosten, die Agnostiker sind ja die wahren Gläubigen, denn sie wissen, daß die Sinnfrage und die Gottesfrage hintergründiger ist, als daß sie mit vorschnellen dogmatischen Antworten erledigt werden könnte. Im Grunde wissen die Agnosten über die Schwierigkeit von Gott zu reden, über die Unmöglichkeit von Gott zu reden mehr als die Gläubigen. Ich möchte als eine kleine spontane Antwort am Anfang meines Referates einen Agnostiker zitieren, Jürgen Dahl, der im letzten Heft der Scheidewege geschrieben hat: „Der Agnostiker würde angesichts der allgemeinen Fehlläufigkeit des Fortschritts und der ökologischen Krise im Umgang mit allem, was für die Unbegreiflichkeit dieser Welt steht, mit Lebewesen und Genen, mit den Grundbausteinen der Stoffe, mit den Kräften und Gesetzen der Materie, die äußerste Vorsicht walten lassen.“

In diesem Sinne möchte ich referieren. Nun muß man sich darüber unterhalten, was das heißt, die äußerste Vorsicht walten zu lassen, wissenschaftlich, wissenschaftsmethodisch, politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich. Da wird es dann schon schwieriger.

Und so will ich einen Moment in die Geschichte der Auseinandersetzung um den Fortschritt, insbesondere unter ökologischer Perspektive zurückgehen. Für mich persönlich hat das mit der Auseinandersetzung um Wyhl 1974/75 angefangen. Das Spannende an diesem Diskussionsprozeß über die Risiken der Atomnutzung, über die alternative Energiepolitik und eben über andere Felder des Fortschritts bis hin zur Chemiewirtschaft, Verkehrspolitik, Landwirtschaftspolitik war, daß sich hier eine wachsende Anzahl von Menschen für dieses Thema zu interessieren und aufzuschließen begann. Auf der einen Seite die Bürgerinitiativen, die man insgesamt zusammenfassen kann als die neuen sozialen Bewegungen, aus Ökologiebewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung. Auf der anderen Seite aber auch die Wissenschaftler selber, die Wissenschaftler des Club of Rome. Aber darüberhinaus hat es eine wachsende Anzahl von Wissenschaftlern gegeben, die eine gewisse Nähe zur Ökologiebewegung hatten, Gruppen, die man heute in der Arbeitsgemeinschaft der ökologischen Forschungsinsti-



Prof. Dr. Günter Altner

Günter Altner

tute immerhin in über 50 Forschungsgruppen zusammengefaßt findet. Die Diskussion über die Fehlbarkeit des Fortschrittes, über die Frage wie ein angemessener Fortschritt, ein sozial und ökologisch verantworteter Fortschritt zu gestalten sei, hat – das ist das Interessante der zurückliegenden Diskussion – zu einer wachsenden Sensibilisierung in der Bürgerschaft und in der Wissenschaft geführt. Dabei sind zahlreiche Grundsatzfragen zu erörtern gewesen. Wir haben es gelernt, daß technisch industrieller Fortschritt zerstörerisch und tödlich sein kann, wenn Kapitalinteressen ausbeuterisch und ungebrems einseitig sind. Aber das ist sicher nur eine Problemebene, die man unterscheiden muß von der Problemebene der Technikentwicklung. Wir haben es ge-

lernt, daß technisch industrieller Fortschritt zerstörerisch sein kann, wenn Technik schlecht oder schlampig gemacht wird und nicht hinreichend in ökologische und soziale Zusammenhänge hinein entwickelt ist. Aber auch das ist wieder nur eine Ebene, und schließlich muß man auch über die dritte, die grundsätzliche Problemebene sprechen, ob die Kollision zwischen technisch industriellem Fortschritt und irdischer Lebenswelt nicht auch damit zusammenhängt, daß wir uns seit Descartes einer Erkenntnismethode zu bedienen gelernt haben, die uns auf der einen Seite die Natur verfügbar macht, aber in dieser Verfügung auch Zurichtung und Präparierung und Belastung der Natur bedeutet. Insofern hätten wir das Stichwort Descartes, Cartesianismus im modernen wissenschaftlichen Erkennen als Grundlage des technisch industriellen Fortschrittes auch in diesem grundsätzlichen Sinne zu diskutieren, ob in dieser Methode, von der ich nicht sage, daß wir sie noch einmal verlassen könnten, nicht eine so erhebliche Brisanz steckt, daß wir zumindest eine leidenschaftliche Diskussion über die Voraussetzung und Folgen des Descartes'schen Erkenntnisprinzips führen müßten und über die Frage, ob diese Form der Erkenntnis von Natur nicht ergänzt werden müßte durch andere Erkenntnismöglichkeiten und Erfahrungsweisen von Natur, die begleitend und in Kombination mit ihr, verwirklicht werden müßten.

Aber wir haben noch etwas weiteres lernen müssen. Damit betrete ich die vierte Ebene, die mir für die zukünftige Diskussion wichtig erscheint. Wir haben lernen müssen, daß, wie Erhard Eppler das heute morgen gesagt hat, Politik mehr entscheiden muß als bisher. Wir haben es lernen müssen, daß wir die Fragen der Wissenschafts- und Technikentwicklung nicht einfach den Eliten, nicht einfach den Fachleuten überlassen werden können. Wir haben es in langen, jetzt schon über ein Jahrzehnt hinweggehenden öffentlichen Diskussionen lernen müssen, daß die Gestaltung von Fortschritt bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik der öffentlichen politischen Abwägung unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Gesichtspunkte bedarf.

In diesem Zusammenhang haben wir nicht nur lernen müssen, daß Politik mehr entscheiden muß als früher, daß sie Technik auch in ihrer Entwicklung, in ihrer Förderung politisch nicht undiskutiert lassen darf, wir haben vielmehr auch lernen müssen, daß an diesem Diskussionsprozeß mehr entscheiden sollten, als das nach dem klassischen Muster unserer Demokratie bisher der Fall war. Nicht die schnelle Reaktion,

nicht die zügige Technologiepolitik ist gefordert, sondern die öffentliche geregelte Vieltimmigkeit, auf deren Grundlage wir Voraussetzungen und Folgen von Technik und Alternativen von Technik zu erwägen haben. Hier liegen die großen öffentlichen Enttäuschungen, zumindest was die Ökologiebewegung und die neuen sozialen Bewegungen betrifft; die ganze Phantasie, die sich im Zuge der Fortschrittsdiskussion im Blick auf Alternativen in den verschiedenen Produktionsbereichen in den zurückliegenden Jahren angereichert hat, die sich niedergeschlagen hat in zahlreichen Manifesten, in Zentnern von Fachliteratur, in Alternativkonzepten, die anregend und bereichernd inzwischen auch in die Technologieforschung eingedrungen ist, diese ganze Phantasie ist mehr oder weniger wirkungslos im Vorfeld des Parlamentes und der Regierung ins Leere gelaufen und verpufft. Sie hat Diffamierung ausgelöst und hat dann in einem nächsten Schritt, das mag auch durch die Parteikonkurrenz der Grünen mit bedingt gewesen sein, zu unzureichenden Übernahmen in der Politik geführt, bis hin zu jenen Gestalten der Umweltpolitik, die wir heute haben. Es hat hier, das ist meine Kritik, kein hinreichend kritischer und verbindlicher Diskurs stattgefunden. Ich erinnere noch einmal an das Beispiel der Atomenergienutzung und der Atomenergiediskussion, ich erinnere an das Beispiel der Gentechnologiediskussion, so wie sie jetzt abläuft. Es hat kein hinreichend kritischer und politisch verbindlicher öffentlicher Diskurs stattgefunden über die Risiken, über die Ziele, über die Alternativen, über die Mittel, wie diese verschiedenen Ziele zu erreichen sind. Das ist ja auch das Anliegen unseres Freundes Überhorst, wenn er hartnäckig eine diskursive Politik fordert. So sehr ich mich darüber gefreut habe, daß die SPD nach Tschernobyl mehrheitlich die Position des Ausstiegs aus der Kernenergienutzung bezogen hat, so wird man auf der anderen Seite sagen müssen: Ein Zeichen rationaler, diskursiv orientierter Politik war dies nicht, wenn erst ein Unfall dieses Ausmaßes zu diesem Umkippen führen mußte und nicht die hartnäckige Diskussion.

Und diese Politik setzt sich ja fort, das geht jetzt nicht mehr auf Kosten unserer Partei, der SPD, sie setzt sich ja fort in dem Dahindämmern und Dahinleppern des Schnellen Brütens, des Hochtemperaturreaktors und der WAA-Wackersdorf. Alles das sind Zeichen und Erscheinungsweise einer Politik, die nicht unter der Voraussetzung jenes verbindlichen, öffentlichen kritischen Diskurses über Risiken, alternative Ziele und Mittel zur Zielverwirklichung zustande kam. Das alles mündet natür-

lich in die Frage nach der Gewährleistung einer angemessenen Partizipation, nach einer angemessenen Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Öffentlichkeit, zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft. Und hier klaffen für mein Verständnis erhebliche Lücken. Wir betreiben eine engagierte öffentliche Diskussion, ohne daß wir über Instrumente und Möglichkeiten und Regeln verfügen, aus der öffentlichen Besorgnis, aus dem öffentlichen Umdenken, aus den neuen Ansätzen für eine veränderte Fortschrittspolitik wirklich eine geregelte Politik zu machen.

Man könnte sich natürlich an dieser Stelle Abhilfen vorstellen. Herr Glotz hat davon gesprochen, daß die Eliten miteinander ins Gespräch gebracht werden müßten. In der Tat laufen ja die Diskussionen wie Sie sie für die Max-Planck-Gesellschaft angeführt haben, so ob, daß Vertreter der alternativen Forschungsinstitute zu diesen Diskussionen keinen Zugang finden. Auf der anderen Seite ist es geradezu unmöglich, bei der Veranstaltung öffentlicher Kongresse, die das Gefahrenpotential der Gentechnologie unter ökologischen Gesichtspunkten diskutieren, Vertreter offizieller Wissenschaft, insbesondere Vertreter der Gruppen zur Teilnahme zu gewinnen, die die Gentechnologie aktiv vorantreiben. Hier klafft eine gefährliche Lücke. Ich denke, es wäre die Kunst einer angemessenen Fortschrittspolitik, die verschiedenen Gruppen der Wissenschaft, diejenigen, die gewissermaßen betreiberorientierte Entwicklungen vorantreiben wollen, und diejenigen, die aus ökologischer und sozialer Sorgfaltspflicht die Folgen berechnen, konsequenter und folgerichtiger miteinander ins Gespräch zu bringen: Gespräche also zwischen alternativen Forschungsinstituten und „offizieller“ Wissenschaft. Es ist auch zu diskutieren, ob wir im Bereich der offiziellen Wissenschaftsorganisationen, etwa bei der deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, schon eine optimale Gestaltung und Wissenschaft haben, insbesondere auch mit Blick auf die Frage der Wahrnehmung von Verantwortung durch die Wissenschaft selber. Die Bundesrepublik verfügt über keine auf das Ganze der bundesrepublikanischen Wissenschaft bezogene Akademie der Wissenschaften. Das ist in anderen Ländern wesentlich anders. Wir sind an dieser Stelle schlicht provinziell, wir haben zwar unsere klassischen Akademien der Wissenschaften in Heidelberg, Mainz und sonstwo. Aber deren Programme sind eigentümlich peripher. Sie nehmen nicht Stellung zu den großen problematischen und umstrittenen Entwicklungshorizonten, an denen sich die Öffentlichkeit und die

Gesellschaft wundreibt. Sie nehmen nicht teil an der Diskussion über Atomtechnik, über Gentechnik, Informationstechnik. Sie nehmen nicht teil am Streit über die Frage: Investitionen für bemannte Weltraumfahrt oder nichtbemannte Weltraumfahrt? An dieser Stelle klaffen sicher große Lücken. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal etwas zur öffentlichen Fortschrittsdiskussion sagen. Das läuft ja ganz unglücklich, daß da auf der einen Seite die sogenannte emotionalisierte Öffentlichkeit und auf der anderen Seite der spezialisierte Sachverstand ist. Solange es in der Wissenschaft unerkant bleibt, daß in den argumentationsfähigen öffentlichen Emotionen zugunsten ökologischer und sozialer Schutzinteressen eine umfassende, ganzheitlich denkende Vernunft am Werke ist, solange dieser Denkansatz als unwissenschaftlich disqualifiziert wird, fehlt hier ein ganz entscheidendes Moment öffentlicher Abwägung eben jener von Überhorst immer wieder geforderte öffentliche Diskurs zur Erwägung des optimalen Fortschrittsweges. Aber man muß weitergehen und fordern, daß auch zwischen Öffentlichkeit und den politisch Zuständigen die Diskussions- und Diskursmöglichkeiten verbessert werden.

Ich stimme Herrn Glotz darin voll zu, daß es ein Skandal ist, daß wir in unseren Parlamenten keine Kompetenzen für Technologiefolgen-Bewertung haben. Es ist ein Skandal, daß die Empfehlungen der Technologiefolgen-Enquete weggedrückt werden konnten und daß das Parlament nach wie vor in der Situation ist, im Nachhinein auf öffentliche technologiepolitische Diskussionen reagieren zu müssen. Das Parlament hat doch nicht rechtzeitig die Energiediskussion geführt, mit der Gentechnologiediskussion ist das Parlament schon näher an der öffentlichen Unruhe drangewesen. Aber insgesamt gibt es hier ein gefährliches Nachhinken. Ich würde als Ergänzung auch die in verschiedenen Formen in Vorschlag gebrachte Überlegung hinzufügen: Macht es nicht Sinn, auch die Einrichtung einer Volksenquete zu schaffen oder wie immer man ein solches Gremium nennt, ein Gremium, in das die Vertreter ökologischer und sozialer Schutzinteressen und alternative Wissenschaft hinein delegiert werden könnten, in dem wissenschaftlich und politisch gestritten werden kann und das in einer gewissen Verbindlichkeit gegenüber dem Parlament das Ergebnis dieses Diskurses weiterleiten könnte. Man könnte an dieser Stelle noch eine Fülle von weiteren Vorschlägen für partizipative Demokratie im Sinne einer umfassend verantworteten Fortschrittspolitik machen. Ich breche das hier ab.

Herr Henkel hat heute morgen gesagt, es bedarf des Mutes, die Folgen zu übernehmen. Das ist gut gesagt. Aber vielleicht ist es auch zu schnell gesagt. Zu schnell angesichts der Alllasten, die wir angehäuft haben. Wer übernimmt denn die Verantwortung für die Folgen? Die Verantwortung für Tschernobyl, für das Waldsterben, für das Ozonloch, für die Klimaerwärmung? Ist da jemand, der die Verantwortung zu übernehmen bereit ist? Wenn es den Sozialdemokraten geht, ist die Frage nach der Fortschrittsverantwortung so anzuregen und so zu gestalten, daß sich die Wissenschaften in der ange deuteten Weise zur Verantwortung genötigt sehen, auch Möglichkeiten hätten, ihre Verantwortung aktiv im Dialog mit den Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen wahrzunehmen, wenn alle diese Gruppen, die über Sinn und Unsinn des Fortschrittes, über Ziele und alternative Ziele in der Vergangenheit nachgedacht haben, neu miteinander ins Spiel gebracht werden und in ein ernsthaftes politisches Gespräch hineingeführt werden könnten, wenn diese Gruppen sich wirklich in ein politisch verbindliches Gespräch über die Gestaltung des Fortschrittes einbezogen wissen könnten, dann würden der SPD sicher aus den Gruppen der alternativen sozialen Bewegungen, aber auch aus dem Bereich von Wissenschaft und Technik Wähler zuwachsen, die die SPD eines Tages wieder mehrheitsfähig machen könnten.

### Peter Glotz

Ich sehe schwarz für unsere Diskussion. Sätze mit einem postmodernen Rauschen, wie ich sie vorhin von Ihnen zitiert habe, wahrscheinlich habe ich den schlimmsten, den Sie jemals gesagt haben, irgendwo in meinem Archiv aufgefunden, über die genetische Bastelwut der Molekulargenetik und die Transplantationssucht der Chirurgie und vor allem die Degradierung der Frau zum Brutschrank, die haben Sie heute natürlich kein einziges Mal erwähnt. Alles das, was Sie heute gesagt haben, kann ich unterschreiben.

Trotzdem werde ich mich bemühen, zu einer kontroversen Diskussion zu kommen, wie das in einem Disput notwendig ist, womöglich ohne Zwang.

Da ist zuerst die Frage der „anderen Erkenntnismöglichkeiten“, die wir haben. Die Überspitzung der Descartes'schen Positionen „Posses-

seur“ also Besitzer der Natur, wir sind die Herren und die Besitzer der Natur, die haben wir alle erkannt. Diese Position ist in der Tat nicht haltbar.

Über den Dualismus, den Descartes'schen, kommen wir meiner Meinung nach nicht hinaus. Wir sind beieinander, wenn Sie es sagen, man muß Wissenschaftsrichtungen wie die psychosomatische Medizin, die Psychoanalyse oder auch das, z. B., was das Institut tut, stärker fördern und in unser institutionalisiertes Wissenschaftssystem einfließen. Ich halte Ihre Bemerkung für richtig, daß in einer Reihe von Establishment-Instituten es zu wenig „Alternative Ansätze“ gibt. Aber, ich sage das deutlich, dies ist keine „Alternative“, ich sage es einmal so vereinfacht zu Descartes. Organizismus, Gestaltkreislehre oder so ein Mystizismus à la Capra, das wäre nun die wirkliche „Alternative“, und da kann ich nur sagen: Dagegen müßte man scharf Front machen.

Zweitens: In den Argumentationsstrategien, die über die „Skrupellosigkeiten“ der biologischen Neugier und des naturwissenschaftlichen Erkenntniszugriffes handeln, will ich sagen, daß ich Neugier für eine Eigenschaft halte, die nicht nur im unternehmerischen Prozeß, sondern auch im wissenschaftlichen Prozeß zentral ist. Es mag auch skrupellose Formen von Neugier geben. Aber sehr, sehr neugierig muß man sein, wenn man etwas Neues finden will. Das gilt für die Wissenschaft und das gilt für den Unternehmer. Und dabei muß man auch Risiken eingehen. Aus diesem Grund habe ich mindestens psychologisch die Angst, daß die Richtung, die Sie vertreten, und die in unserer Gesellschaft jetzt als Gegenposition zur etablierten Wissenschaft immer wieder hochkommt, dazu führen könnte, daß die Neugier geschwächt wird. Dann wird auch die wissenschaftliche Entwicklung geschwächt. Ich glaube, die Neugier müssen wir uns erhalten.

Dritte und letzte Bemerkung: Ich finde bei Ihnen häufiger den Begriff vom Eigenwert der Natur. Ich füge jetzt hinzu: wenn das beispielsweise Artenschutz bedeutet, daß es also nicht einfach zugelassen werden darf, daß Lebendiges, das existiert aufgrund von Profitinteressen einfach weggeputzt wird, was es ja heute etwa im Tierreich oder im Pflanzenreich zahllose Male gibt, dann bin ich mit Ihnen absolut einer Meinung. Wenn es allerdings übersteigert würde, wie etwa bei Maren Griesebach, zu einer naturalistischen Position – der Mensch darf nicht mehr in ökologische Kreisläufe eingreifen – dann würde ich strikt da-

gegen sein. Der Mensch muß eingreifen, ökologisch reflektiert und nicht so unreflektiert, wie er das Jahrzehnte getan hat. Aber der Eingriff ist notwendig und so eine Art Naturalismus, – die Natur ist die Natur und der Mensch soll sich da bitte zurückhalten – der kann selbstverständlich unter gar keinen Umständen funktionieren.

Weil ich nun so gerecht oder ungerecht war, daß ich nun mehreres zitiert habe, was mir nicht gefällt, finde ich jetzt auch noch ein Zitat, auf das ich mich mit Ihnen gerne einigen möchte.

Sie haben geschrieben: „Es geht insgesamt um eine sensible, tastende, Alternativen erwägende Steuerungskunst, die von ganz ande-



rer Art ist als die flinken vorschnell fixierten Fortschrittskonzepte von gestern. Gefordert ist eine sensible tastende, Alternativen und Zwischenschritte erwägen Steuerungskunst, die immer auch nach den Folgen fragt. " Dies würde ich absolut unterschreiben.

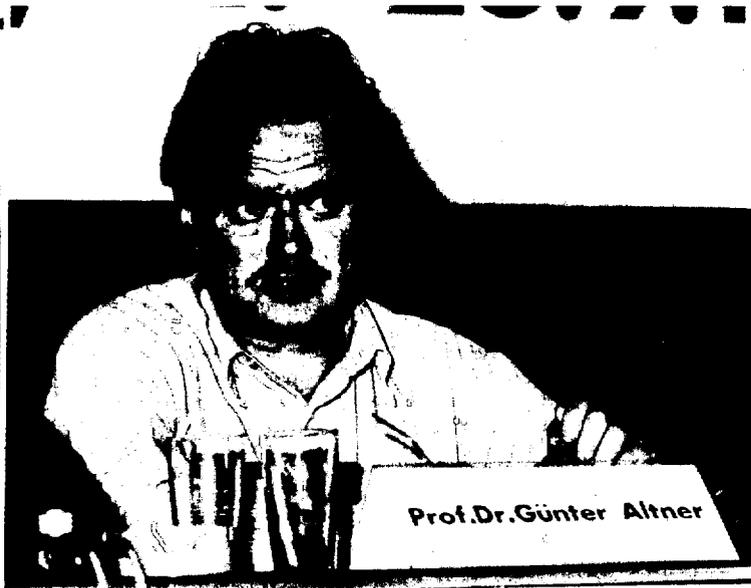
### **Günter Aitner**

Das war ja auch in der Frankfurter Rundschau.

Ich will auf die drei Punkte reagieren: Sie haben zum ersten gesagt, wir sind ja darin einig und wir haben auch erkannt, daß im Decart'schen Dualismus – der Mensch als Erkennender im Gegenüber zur Natur, die nun seiner Objektivierung ausgesetzt ist – ein Problem liegt.

Ich würde an der Stelle weitergehen und sagen, das ist ja nicht einfach so eine theoretische Erkenntnis, über die wir uns hier austauschen. Darin liegt ein abgrundtiefes und offenbar auch nicht mehr zu korrigierendes praktisches Problem. Es wird durch die Art, wie sich der technisch-naturwissenschaftliche Fortschritt in die Natur hinein auswirkt, zerstörerisch auswirkt, praktisch exemplifiziert. Das Problem unserer Diskussion ist ja, daß wir hier nicht nur eine Theoriediskussion führen, sondern daß wir, bezogen auf die atemberaubende Zerstörung der irdischen Lebenswelt, sagen müssen, daß diese nicht nur die Folge einseitiger wirtschaftlicher Interessen ist. Diese Zerstörung hat mit den Erkenntnisprinzipien, die seit Jahrhunderten, das macht ja auch die Unkorrigierbarkeit der Sache aus, dem technisch wissenschaftlichen Fortschrittsprozeß zugrunde liegen, zu tun. An dieser Stelle muß man das Gespräch weiterführen, und an dieser Stelle bin ich dann auch ganz pessimistisch, denn wir haben ja nicht mehr die Möglichkeit, gewissermaßen als Alternative zu Descartes einfach zu Goethe oder zu einer ganzheitlichen Form von Naturerfahrung und Naturgestaltung zurückzukehren, die es in der Geschichte Europas und in der Geschichte anderer Kulturen gegeben hat. Hier ist ein sehr langer Atem notwendig. Das ist unser großes Problem. Insofern sehe ich die Fortschrittskrise als unabänderliches Fortwirken des Cartesianismus im Grundsatz unseres Denkens, aber eben auch in der Konsequenz unseres praktischen Handelns. Das macht auch die ganze Tragik unserer gegenwärtigen Situation aus.

Und nun das zweite: Nun sind wir im Blick auf die Eingrenzung der Härte dieser Erkenntnismethodik natürlich nicht ohne Mittel. Wir können bei der Gestaltung einer sozial und ökologisch verträglichen Technik versuchen, zu mildern, was zu mildern ist. Das ist eine Möglichkeit. Wir können auch dort, wo uns die Anwendung dieses Erkennens als problematisch und unmenschlich erscheint, auch prinzipielle Grenzen ziehen. Nun haben Sie gesagt, das ist der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben, es erschiene Ihnen gefährlich, wenn ich davon spräche, daß der wissenschaftlichen Neugier Grenzen gesetzt werden müßten. Ich denke, so weit muß man gehen. Es geht ja nicht darum, prinzipiell jenen speziellen Typ wissenschaftlicher Neugier, wie ihn die Nachfolger von Descartes in Europa kultiviert haben, unter Verbot zu stellen. Aber es muß doch einer Überlegung wert sein, ob wir uns nicht in bestimmten Bereichen das Voranschreiten dieser gefährlichen Neugier verboten sein lassen. Und an der Stelle bin ich noch einmal bei der Frage, ob wir uns embryonenverbrauchende Forschung leisten sollen oder nicht. Sie haben gesagt, das wird doppeläugig diskulturiert. Auf der einen Seite ist man für eine liberale Schwangerschaftsabbruch-Praxis, und auf der anderen Seite will man ein rigides Verbot durchsetzen. Hier wird man erst einmal darüber sprechen müssen, ob nicht die ethische Situation der von der Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs betroffenen Frau eine prinzipiell andere ist als die des Wissenschaftlers, der im Bereich der Embryonen mit werdendem menschlichen Leben, das sich nicht wehren kann, Forschung betreiben möchte. Das muß man doch sehr sorgfältig und hartnäckig diskutieren. Aber prinzipiell bin ich schon der Meinung, daß wir dort, wo grundlegende Werte, die durch unsere Verfassung garantiert sind, durch das Vorantreiben wissenschaftlicher Erkenntnis gefährdet werden, sehr wohl vor der Frage stehen, ob wir der wissenschaftlichen Freiheit und Neugier nicht prinzipielle Grenzen zu setzen haben. Das betrifft nicht zuletzt das menschliche Leben. Das ist nicht zuletzt eine Frage gesetzlicher Vorkehrungen. Das ist nicht zuletzt eine Frage, wie Sie in einem Embryonenschutzgesetz den wissenschaftlich vermittelten Umgang mit Embryonen beschreiben und vorschreiben. Ob Sie die embryonenverbrauchende Forschung zulassen, unter welchen Bedingungen Sie sie zulassen oder ob Sie darüber hinausgehend alles unter Verbot stellen. Das kann ja sehr verschieden gestaltet werden. Das ist eine Frage der gesetzlichen Vorkehr. Wie ich überhaupt angesichts des dynamisierten Fortschritts- und Erkenntnistempos, gerade auch in der modernen Biologie, der Auffassung bin, daß wir die Frage zu über-



legen haben, ob wir nicht so etwas wie zwischenzeitliche, vorbehaltliche Schleusen zu ziehen haben, die nach hinreichender Prüfung dieses Feldes unter Umständen wieder geöffnet werden könnten. Die ganze Problematik der Gentechnologie ist ja wirklich keine Kleinigkeit. Ich stimme da mit Erhard Eppler ganz überein, der betont, daß wir heute quer über alle Artgrenzen hinweg mit der Methode der Gentechnik das Artenbild auf der Erde, unter dem vielfältigen Druck von Nutzungsinteressen und unter dem Druck internationaler Konkurrenz, beliebig verändern können und verändern werden. Und dies reicht bis in den Bereich des Menschen. Da stellt sich ja wirklich die Frage, ob es nicht sinnvoll ist, Grenzen zu ziehen. Zum Eigenwert der Natur noch ganz kurz. Sie haben gesagt, so, wie ich mich geäußert habe, das sei zulässig. Aber bei Griesebach, da läge dann die Grenze.

## Peter Glotz

Dann muß man vielleicht sagen, daß ein dickes Buch einer Wissenschaftlerin, die auch gleichzeitig Grüne Politikerin ist, eine Art Fahrplan durch die Grüne Ideologie ist.

## Günter Altner

Mit dem Eigenwert der Natur ist nicht gemeint, daß wir nicht in die Natur eingreifen dürften. Die Aufgabe ist ja sehr viel komplizierter. Es ist ja für den Menschen unabdingbar und unumgänglich, und nur so ist er Mensch, daß er mit Hilfe seiner technisch und kulturell vermittelten Möglichkeiten Natur gestaltet und dabei auch Natur verändert. Aber die Aufgabe liegt ja darin, auch in der durch den Menschen überformten Natur, das der Natur Zukommende, ihren Erhaltungswert anzuerkennen und zu berücksichtigen. Das ist ja das Problem. Man kann, um auch hier ein konkretes Beispiel zu wählen, eine ökologisch ausbeuterische und auch den Menschen schädigende Landwirtschaft machen durch Überchemisierung und durch einen überzogenen Einsatz von Maschinen. Man kann damit zwischenzeitlich eine überzogene Rendite aus der Natur herausholen. Wir stehen also vor der Alternative, die Natur damit kaputtzuwirtschaften oder uns auf symbiotische Formen der landwirtschaftlichen Produktion einzulassen. Da fängt die eigentliche Verantwortung an. Das ist noch sehr viel hintergründiger und noch schwieriger als bei den Positionen, die den Eigenwert der Natur dadurch gewährt wissen wollen, daß man nicht in die Natur eingreift und sie so läßt, wie sie ist. Im Grunde genommen käme es darauf an, die schnelle Fortschrittsdynamik, die sich in der Menschheitsgeschichte ergeben hat und immer schneller läuft, mit der langsamen Gangart der nichtmenschlichen Evolution so in Verbindung und in Einklang zu bringen, daß es hier nicht zu den gefährlichen Zerreißungsprozessen kommt, die wir weltweit beobachten von der Belastung der Böden, des Wassers, der Luft bis hin zum Klimaproblem. Ich will noch einmal das Thema ansprechen. Wenn es so ist, daß wir, und das ist kaum noch strittig unter den Experten, in zwei bis drei Jahrzehnten mit einem durchschnittlichen Anstieg des Klimas von ein bis vier Grad auf der Erde zu rechnen haben, dann erledigen sich ja, wenn man an die Folgen denkt, an das Abschmelzen der Polkappen, dann erledigen sich ja mit einem Schlag in kürzester Zeit eine Fülle von Problemen, die wir heute noch haben. Aber an dieser Stelle stellt sich dann noch

einmal die Frage nach dem Eigenwert der Natur. Dies ist nicht nur eine akademische Diskussion, sondern im Letzten eine auf die Menschheit bezogene existentielle Frage, ob wir unser Menschsein so verwirklichen, daß wir den Eigenwert der irdischen Schöpfung achten oder zur alleinigen Ressource des Menschen degenerieren lassen.

### **Peter Glotz**

Das ist eine ganz rationale Kalkulation, die Sie hier angestellt haben, die absolut auf das Lebensrecht des Menschen zielt und auch auf das Recht, die Natur zu nutzen und dieses Lebensrecht des Menschen zu fördern. Es ist eben gerade nicht die Auffassung eines Eigenrechts der Natur, das den Menschen sozusagen das Nutzungsrecht abspricht, sondern ihnen nur sagt: Du mußt es anders nutzen, weil Du sonst selbst ersäufst oder selbst in schwere krisenhafte Gefahren kommst.

### **Günter Altner**

Ich habe das vielleicht zum Schluß etwas verbogen. Ich verwerfe die These „Naturschutz um des Menschen willen“ nicht, aber sie führt mir nicht weit genug. Es ist ja auch so, daß wir im Gegenüber und im Miteinander mit dem Mitmenschen und dem Nächsten nicht nur helfen, weil es für uns günstig und klug ist, das kann ja auch so sein, sondern weil wir uns verpflichtet fühlen, dem Mitmenschen das ihm Gemäße zukommen zu lassen. Ich bin der Auffassung, daß die These vom Eigenwert der Natur besagt, daß wir unter dem Druck der ökologischen Krise zu entdecken haben, was im Blick auf die Natur das ihr Gemäße ist. Das ist die Frage nach dem ihr zukommenden Eigenwert. Wir haben das auch losgelöst von unseren Überlebenschancen zu diskutieren. Das heißt für mich, die Dinge radikal über die soziale Frage hinaus im ökologischen Sinne vorantreiben. Aber selbstverständlich ist es notwendig, die aus dem Eigenwert der Natur resultierenden Pflichten auf die Deckung menschlicher Bedürfnisse rückzukoppeln und zu beziehen.

### **Peter Glotz**

Ich glaube, hier sind Unterschiede deutlich geworden. Wobei ich auch von mir aus klarstellen möchte: Ein Verhältnis zur Natur, das aus-

schließlich vom Nutzen für den Menschen ausgeht, das interessiert uns nicht. Das wäre unakzeptabel. Da nähern wir uns an. Das geht uns also über den reinen Nutzungswert für den Menschen hinaus.

Allerdings kann man auch bei der Diskussion des Tierschutzgesetzes zu sehr unterschiedlichen Bewertungen kommen. Es gibt Verfechter von Formen von Tierschutz, die Experimente mit Tieren fast generell ablehnen, weil es Schmerz für Tiere auslöst usw. Und es gibt umgekehrt Situationen, wie das auch die Sozialdemokraten vertreten haben und wie ich sie immer vertreten würde, die bestimmte Formen von Tierexperimenten nicht für Kosmetik, nicht für Rüstung, aber andere schon, durchaus für sinnvolle Notwendigkeiten halten. Hier ist dann wieder eine Grenze zu ziehen.

### **Günter Altner**

Konrad Lorenz hat in einem seiner Bücher, ich glaube im „sogenannten Bösen“, geschrieben: Wer einen Salatkopf, einen Regenwurm und einen Schimpansen mit der gleichen Regungslosigkeit durchschneidet, gehört in eine geschlossene Anstalt.

Lorenz verweist auf den abgestuften Wertbezug, der sich in verschiedenen Sensibilitäten und Pflichten gegenüber der nichtmenschlichen Natur ausdrückt. Die generelle These, daß alles Leben schützenswert ist und einen eigenen Wert hat, wird damit nicht relativiert, sondern nur konkretisiert. Ich bin der Auffassung, daß die radikalste Konsequenz, die von Albert Schweizer gezogen worden ist, die ist, daß alles Leben als gleichwertig gesehen werden muß. Nur auf dieser Grundlage sind Differenzierungen, die wir notwendigerweise machen müssen, zulässig.

Für mein Gefühl bricht Ihre Argumentation an der Stelle auch wieder zu früh ab, wo Sie sagen: Also die Tierschützer lasse ich mir gefallen, mit denen man reden kann, die differenzieren können. Die prinzipiellen Forderer, die sind mir unheimlich. Diese sind mir auch unheimlich, aber sie bringen etwas als Postulat zum Ausdruck, was für uns unabweisbar ist, wenn wir differenzieren wollen.

## Peter Glotz

Sie haben in Ihrer Argumentation eine Schwierigkeit. Sie kommen in der praktischen Politik, in den praktischen Gesetzesformulierungen genau auf dasselbe wie ich raus. Sie sagen aber, daß beispielsweise die Experimente in Max-Planck-Instituten, die nun wirklich kontrolliert sind und einer medizinischen empirischen Forschung dienen, nicht sein dürfen. Ich halte diese Differenz fest.

Ich freue mich, daß wir auf der pragmatischen Ebene offensichtlich zu gleichen Folgerungen gelangen. Aber ich realisiere in der Tat einen Rest von Unterschied in der grundsätzlichen Position. Vielleicht wird das noch deutlicher, wenn man einmal über das Thema embryonenverbrauchende Forschung redet. Ich nehme an, daß wir da in der pragmatischen Folgerung relativ nahe aneinander herankommen



werden. Ich sage: Ich habe mich genau darüber informiert, derzeit gibt es keine Forschungsprojekte, die den Verbrauch von menschlichen Embryonen sinnvoll machen. Alle seriösen Forscher sagen mir, was man derzeit machen kann, kann man mit Mäusen machen und anderen Versuchstieren.

Allerdings füge ich hinzu: Sollte wirklich irgendjemand ein aidsresistentes Gen entwickeln, wovon derzeit wissenschaftlich nicht die Rede ist, dann möchte ich die Gesellschaft sehen, die Versuche mit menschlichen Embryonen verbietet. In dieser Frage gibt es sicher eine Differenz zwischen uns. Die Differenz macht sich etwa an folgendem Satz von Ihnen deutlich: „Von daher ist der gezielte gentechnische Eingriff in den Mikroorganismus, Pflanzen, Tiere und Menschen keineswegs selbstverständlich.“ Dem würde ich zustimmen: „Keineswegs selbstverständlich und aus christlicher Sicht nicht einfach legitimierbar.“

Nun ist die Frage, was das heißt, wenn Sie sagen: „Nicht einfach legitimierbar.“ Heißt es: Nicht mit einem Federstrich, sondern man muß sich schon ein bißchen darum bemühen, damit man es legitimieren kann? Dann will ich Ihnen gerne zustimmen. Obwohl die christliche Legitimation nicht mein Geschäft ist.

Aber wenn Sie sagen wollten, oder wenn der Unterton heißen sollte: **Nicht** legitimierbar, dann würde bei uns der Unterschied beginnen. Ich bin mit Günter Altner der Auffassung: „Moratorien“, eben haben Sie das Wort „Schleusen“ gebraucht, sind sinnvoll. Derzeit halte ich Maßnahmen, die dazu führen, daß in der Bundesrepublik Deutschland embryonenverbrauchende Forschung bei Menschen nicht durchgeführt wird, für richtig. Ich finde dazu im übrigen auch die Zustimmung der Wissenschaft. Ich würde allerdings in der jetzigen Situation kein Gesetz machen, weil ich weiß, wie lange man gebraucht hat, um Gesetze wie den § 218 StGB und viele andere wegzubringen, wenn Sie erst einmal als Gesetze beschlossen sind. Weil ich es auch für ausreichend halten würde, daß man andere Mechanismen anwendet, nicht unbedingt auf der Gesetzesesebene. Derzeit möchte ich solche Forschung mit Ihnen gemeinsam verhindern. Aber es gibt natürlich auch eine Grundsatzposition, die den Eingriff in den Mikroorganismus, insbesondere des Menschen, aber auch Tiere und Pflanzen grundsätzlich aus theologischen Gründen ablehnt. Hier würde dann zwischen Ihnen und mir ein Unterschied klaffen.

## Günter Altner

Im Blick auf den Menschen würde man meinen, daß Grenzziehungen vor der Hand klar sind. Aber selbst da ist nicht alles klar. Also, Sie haben den Fall der embryonenverbrauchenden Forschung angesprochen. Sie haben gesagt, es habe sich gezeigt, daß es gar kein ernsthaftes rechtfertigbares wissenschaftliches Interesse an Experimenten gibt. Aber nun muß man sich die Diskussion der letzten Monate doch einmal vor Augen führen. Die Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Bundesärztekammer haben sehr hartnäckig die Offenhaltung dieser Möglichkeit gefordert unter Bezug auf wichtige wissenschaftliche und therapeutische Forschungsvorhaben. Das ist bei den Anhörungen auch herausgekommen. Da ist gesagt worden, die Zeit sei noch nicht reif, aber es sei absehbar, daß wir eines Tages in der Lage sein würden, durch Einbringung einzelner



Gene Resistenz gegen Grippe, Krebs und AIDS verleihen zu können. Das ist in der Tat eine äußerst problematische Grenze. Sie haben gesagt: Also, wenn das so ist, daß wir uns dieser Menschheitsgeißel entledigen können, ja dann steht dem ja wohl nichts im Wege, wenn wir auf diese Art und Weise eine lebenslange AIDS-Resistenz verleihen könnten. Das ist mir zu vorschnell. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir hier an dieser Stelle in der Tat den ersten Schritt tun, mit Hilfe von Gentechnik den anderen, den neuen Menschen zu schaffen. Zunächst ist es die immerhin erhebliche Verleihung einer Resistenz. Das ist der Anfang des leidensfreien, vielleicht unsterblichen Menschen, etwas modisch formuliert. An der Stelle stellt sich schon die Frage, ob das zu verantworten ist. Ob es nicht gute, sehr bindende Gründe dafür gibt, in die Jahrhunderte und Jahrtausende alte Erfahrung, daß der Mensch sich aus der Fortpflanzung seiner Eltern als Existenz empfängt und erfährt, nicht beliebig einzuprüfen. Denn was eröffnet man damit, wenn man dies möglich machen würde. Die sozialen Konsequenzen sind unübersehbar. Ist hier nicht doch eine prinzipielle Grenze, über die man nachdenken sollte, gegeben? Es gibt gute theologische Gründe, dies so zu tun, aber eben nicht nur theologische. Ich kehre noch einmal zur allgemeinen Frage des Natur- und Lebensschutzes zurück. Leben ist in allen seinen Formen etwas, was wir nicht gemacht haben, was uns überkommen ist. Ich bleibe dabei, daß man aus theologischen, aber auch aus ökologischen Gründen die Frage, ob wir beliebig ins Artenbild eingreifen sollen, oder ob wir uns hier nicht doch eine umsichtig prüfende Sorgfalt auferlegen sollten, sehr ernst nehmen muß.

## Peter Glotz

Ich denke, das ist der Punkt, wo die beiden Positionen deutlich geworden sind. Ich glaube, es hat auch wenig Zweck, diese Position jetzt noch weiter zu hinterfragen. Ich habe Ihre Position genau begriffen und ich kann sie auch absolut verstehen. Ich glaube allerdings nicht, daß man mit rationalen Argumenten jetzt noch dahinterkommt, warum man eine solche Position einnimmt oder nicht einnimmt. Ich nehme sie eindeutig **nicht** ein.

## Günter Altner

Eines ist ja ziemlich provozierend. Was heißt hier, daß man mit rationalen Argumenten da nicht dahinterkommt. Halten Sie denn Ihre Position für rationaler?

Gibt es nicht viele Vernunftgründe, die dafür sprechen, am Menschen vielleicht doch nicht gentechnisch herumzufummeln. Ist das nicht vielleicht doch vernünftiger als die linke Angriffsmentalität? Heißt Wissenschaft nicht auch, die Folgen des eigenen Erkennens zu reflektieren?

## Peter Glotz

Also wir sind jetzt in der Max Weber'schen Erkenntnisgrenze der dämonischen Entscheidung. Ich entscheide mich jetzt dämonisch für meine Position, Sie haben sich vorher dämonisch für Ihre entschieden.

Ich zweifle, daß das mit Worten, die ich jetzt machen kann, oder die Sie jetzt machen können, noch sehr viel plastischer wird. Auf der pragmatischen Ebene haben wir deutlich beide gesagt, es gibt zur Zeit keinen Grund für embryonenverbrauchende Forschung. Es darf allerdings auch keine Heuchelei geben. Die Beurteilung der Praxis, wie mit abgetriebenen Embryonen im dritten Monat in Krankenhäusern und wie mit dem Eisprung entstehenden Embryonen umgegangen wird, halte ich nicht für sonderlich vertretbar. Der eine Embryo fällt in den Kübel, das darf niemanden interessieren, das ist halt so, und beim anderen wird da ein Brimborium gemacht, das mit der Wirklichkeit in Krankenhäusern nicht übereinstimmt. Da finde ich, fängt die Heuchelei an. In der praktischen Situation bin ich deswegen gegen ein Gesetz, weil Gesetze ungeheuer zementierend sind. Aber ich bin in der Tat mit Ihnen der Auffassung, daß es solche Forschung jetzt nicht geben sollte. Nur im Grunde ist Ihre Grundposition, wenn ich sie mit einem ganz einfachen Satz beschreiben darf, daß man eben doch die Frage stellen muß, darf ich dem lieben Gott ins Handwerk pfuschen? Ich habe dem reformierten § 218 StGB im Bundestag zugestimmt. Ich stimme ihm weiter zu. Deswegen kann ich bestimmte Formen von Bedenken gegen Forschung in der gegebenen Form **nicht** teilen.

## Diskussion

### Johano Strasser

Ich glaube, ein Manko dieses Disputs ist, daß Aufklärung und Fortschritt hier doch sehr stark auf die kognitive Seite reduziert worden ist: Erkenntnisgewinn zum Zwecke des Zugewinns an Möglichkeiten der Naturbeherrschung. Aber es gehört ja zum Aufklärungsbegriff und zum Fortschrittsbegriff der Aufklärungszeit dazu, daß es um einen Gewinn an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geht. Wenn man dies beherzigt, kann man reale Fortschrittsprozesse immanent mit den Kategorien der Aufklärung kritisieren. Die Frage wäre, ob unser industrialistisches System, wenn es den Trend weiterverfolgt, den es in den letzten Jahrzehnten aufgewiesen hat, tatsächlich einen Zugewinn an Freiheit, an Gleichheit, mehr Chancen für brüderlichen Umgang zwischen den Menschen produziert. Ich bezweifle das. In jedem Fall ist dies eine ganz andere Art der Argumentation. Man braucht nicht aus dem ideengeschichtlichen Kontext der Aufklärung auszusteiern.

Eine zweite Bemerkung: Die Überschrift lautet ja eigentlich: Ist das sozialdemokratische Zeitalter am Ende? Es ist nicht zu leugnen, daß das klassische sozialdemokratische Politikmodell der Nachkriegszeit auf einer Reihe von Voraussetzungen beruhte, die heute nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben sind. Man setzte relativ hohe ökonomische Wachstumsraten als gegeben oder doch bewußt erzielbar voraus. Dann versuchte man den Wachstumsgewinn zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Menschen umzuverteilen (mit mehr oder weniger Erfolg) und ein sozialstaatliches System zu schaffen und zu perfektionieren, das im wesentlichen als ein Kompensationssystem konzipiert war. Ich glaube, daß dieses typisch sozialdemokratische Politikmodell am Ende ist. Dies funktioniert nicht mehr. Das ist der vernünftige Kern der Diskussion über das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Alles andere ist Propaganda, Wunschdenken, Semantik.

Nun ist von der Veränderung der Voraussetzungen keineswegs nur die sozialdemokratischen Politikvorstellungen betroffen. Das hier Gesagte gilt erst recht für die bürgerlich-konservative Politik und auch für die klassisch liberale Politik.



**Johano Strasser**

Dritte Bemerkung: In primitiven Gesellschaften löste man das Problem, daß der Mensch fremdes Leben achten soll und zugleich nicht leben kann, ohne zu töten, häufig dadurch, daß man den Menschen als in einen Zusammenhang unvermeidbarer Schuld verstrickt sah: Man muß als Mensch töten, um leben zu können, aber es bleibt dies dennoch eine Schuld. Deshalb gab es in primitiven Gesellschaften oft Rituale der Entschuldigung gegenüber den Opfern, den Tieren, die man getötet hatte. Durch ein solches Schuldanerkenntnis wurde eine Hemmung gegenüber dem Töten, gegen übertriebene Kälte im Umgang mit fremdem Leben aufgebaut. Ich glaube, daß etwas dieser Art – aus vernünftiger Einsicht – in unserem Kulturzusammenhang wieder entstehen müßte.

## **Barbara Schaeffer-Hegel**

Ich bin Professorin an der Technischen Universität in Berlin. Ich möchte mit dem Anfangen, was ich eigentlich im Schluß sagen wollte.

Herr Glotz, Ihr Lob der Neugier hat mir sehr gefallen und ich habe mich da durchaus wiedergefunden. Aber mir ist auch eingefallen, daß sich die Dinge, auf die ich neugierig bin, im Laufe meines Lebens und meiner menschlichen und intellektuellen Entwicklung sehr geändert haben und hoffentlich noch sehr lange ändern werden. Die Art von Neugier aber, von der hier ohne inhaltliche Präzisierung eigentlich immer die Rede war, und die meines Erachtens mit sehr vielen Fragezeichen versehen werden muß, – diese Neugier, der Mutter Natur unter die Räder zu gucken, ist doch nicht die einzige Neugier, zu der Menschen fähig sind und vor allem nicht die, die heute unbedingt angesagt ist. Was mir an der Diskussion heute Vormittag und auch jetzt nochmals aufgetaucht ist und weswegen ich mich zu Wort gemeldet habe, ist die Definition von Fortschritt, die trotz aller Varianten meines Erachtens in den meisten Redebeiträgen und auch heute Nachmittag immer wieder anklang, und die immer wieder Bezug nimmt auf Kant's Definition, daß Aufklärung das Heraustrreten des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit sei. Meines Erachtens und aus heutiger Sicht ist dieser Satz ein katastrophaler Irrtum gewesen. Er hat durch die Haltung, die ihm zugrunde liegt und die unsere Wissenschaft und die Art unseres Umgangs mit Technik geprägt hat, auch unsere Politik und unsere Geschichte geprägt. Dieses Heraustrreten war ein Heraustrreten aus einem ganzheitlichen Zusammenhang, einem Verpflichtungs-, einem Schuldzusammenhang, einem Verantwortungszusammenhang. Es war ein Heraustrreten, aber nicht in Freiheit und nicht aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, sondern es war ein Hineingehen in ganz neuartige und viel gewaltigere Abhängigkeiten und Unmündigkeiten, – nicht mehr nur von seiten der Natur.

Unabhängigkeit von der Natur konnten wir mitnichten erreichen. Wir haben aber darüber hinaus erreicht, daß wir zusätzlich abhängig geworden sind von wirtschaftlichen und politischen Zwängen, die weit größer sind als hier meines Erachtens bislang diskutiert und thematisiert worden ist. Die Einwendungen von Herrn Henkel heute morgen und sein Verweis auf die Zwänge, unter denen er als Wirtschaftsführer steht, auf die Löhne, die Arbeitszeiten in Japan z. B., auf den interna-

tionalen Wettbewerb, das sind ja Einwände, die durchaus ernst zu nehmen sind. Das bedeutet aber, daß wir uns in dieser Phase des Fortschritts in einer Form des Konkurrenzkampfes befinden, der gar nicht mehr auf nationaler Ebene ausgetragen wird, sondern auf internationaler Ebene. Wir befinden uns in einer ähnlichen Situation wie die, die Marx vor mehr als 100 Jahren beschrieben hat, als er seine Verelendungstheorie des Proletariats formuliert hat. Die Verelendung des Proletariats ist ausgeblieben, weil es kluge konservative staatliche Politiker gegeben hat und starke Gewerkschaften bzw. eine starke Arbeiterbewegung, die rechtzeitig Gegenmaßnahmen und infrastrukturelle Verbesserungen und Veränderungen durchgesetzt haben. Was wir jetzt haben, ist jedoch nicht mehr ein klassenspezifischer, sondern ein



**Prof. Barbara Schaeffer-Hegel**

internationaler – und nicht ein Verelendungs-, sondern ein Ausbeutungs-, ein globaler Vernichtungsprozeß. Die Einzelheiten brauche ich nicht zu nennen. Aber wir haben heute im Gegensatz zu den Zeiten von Marx und Bismarck keine Institution, die in der Lage wäre, diesen Prozeß, der durch gegenseitige Konkurrenz- und Überlebenskämpfe in Gang gehalten wird, zu bremsen. Wenn wir überhaupt noch von Fortschritt reden wollen, bzw. davon, wie man diesem Fortschritt eine Zukunft gibt, oder wie man ihn wieder in menschliche Dimensionen zurückholt, dann ist diese eine Frage an internationale Kooperation und an die Regulierung und Kontrolle eines selbsterstörerischen Komplexes, der überhaupt nicht mehr auf nationaler Ebene stattfindet und der meines Erachtens deswegen auch nicht mit nationaler Politik in den Griff zu kriegen ist. Schon deswegen nicht, weil, wie heute morgen auch gesagt worden ist, dieser Fortschritt ja ganz unterschiedliche Gesichter hat, viele Stimmen, und sehr unterschiedlich definiert wird. Deswegen scheint mir das Bild des Fortschritts eines zu sein, das wir mit großem Bedacht benutzen und möglicherweise überhaupt durch ein anderes Bild ersetzen sollten. Ihn – den Fortschritt – wieder in die Hand zu nehmen, wie Herr Eppler heute morgen forderte, scheint mir aufgrund der Situation heute und der internationalen Verflechtungen zumindest ein ungeheuer schwieriges Geschäft zu sein und darüber ist bis jetzt noch gar nichts gesprochen worden.

Dieser Fortschritt, der in der Tat aus einer alten Tradition, die mit Bacon und Descartes begonnen hat, resultiert, dieser Fortschritt bezieht seinen Gestus, seinen anthropozentrischen Gestus aus dem Gefühl des Kampfes gegen die Natur. Die Metaphern, die Bacon in diesem Zusammenhang benutzt, sind: „Inquisition“, „Vergewaltigung“, „Nötigung“ und „Zwingen der Natur“. Insofern ist ein völlig anderes Bild meines Erachtens angebracht, nicht mehr ein Fortschreiten – wohin eigentlich? – jeder wird das anders definieren. Eine gemeinsame weltweite Utopie wird sehr schwer zustande zu bringen sein. Nur eines steht fest: wir befinden uns gemeinsam in einem begrenzten Raum und sollten daher Neugier entwickeln, wie man in diesem Raum leben kann, wie man gut in ihm leben kann, und wie man sich untereinander einigt, wie in diesem Raum zu leben sei. Das ist eigentlich das, worum wir uns bemühen sollen. Der Gestus, der dafür verlangt wird, ist jedoch nicht mehr der lineare, der ins Unbegrenzte fortschreitende. Verlangt wird da vielmehr ein von den Grenzen her denkender, ein immer reflexiv zurückbezogener Gestus der Vor- und der Rück-Sicht.

Die Angst von Herrn Glotz, daß wir bis zu Galilei zurück müssen, wenn wir diesen Prozeß des „Fortschritts“ wieder rückgängig machen wollen, und seine Zweifel, ob das überhaupt ginge, möchte ich mit einem Beispiel aus Watzlawicks „Anleitung zum Unglücklichsein“ begegnen. Da hat Watzlawick diese schöne Parabel „Das erste Glas Bier“ vortragen. Sein Säufer sitzt verzweifelt vor seinem Schnapsglas, säuft und jammert: „Hätte ich doch damals dieses erste Glas Bier nicht getrunken, dann müßte ich heute nicht immer weitertrinken“. Zu Galilei und davor können wir allerdings nicht zurück. Aber darum geht es auch nicht. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, wie wir diesen Prozeß, der damals angefangen hat und der z. B. nicht weiterhin nur glorifiziert werden sollte, wie wir diesen Prozeß abbrechen, bzw. abbremsen können. Für die Zukunft dieser Erde ist es möglicherweise von entscheidender Bedeutung, daß andere Geheimnisse und andere Fragen unsere Neugier erwecken als die, was Mutter Natur noch alles unter ihren Rücken verborgen hält.

### Tilman Fichter

im Zusammenhang mit dem Dahrendorfschen Wort vom sogenannten Ende des sozialdemokratischen Zeitalters möchte ich an einen Aufsatz des Gewerkschafts- und Parteienforschers Theo Pirker aus dem Jahre 1984 über das angebliche „Ende der Arbeiterbewegung“ erinnern. Pirkers Thesen über den Niedergang des proletarischen deutschen Vereinswesens bzw. der sozialistischen Gegenkultur im bundesrepublikanischen Alltag der Sozialdemokratie und der Industriegewerkschaften wurde vor einigen Jahren in Berlin heftig diskutiert (vgl. den Sammelband „Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?“ zum 60. Geburtstag von Theo Pirker).

Nachdem der Nationalsozialismus von außen niedergedrungen worden sei, habe sich die Sozialdemokratie und die Industriegewerkschaften – so Pirker – nach einem kurzen antifaschistischen Sommer an den Wiederaufbau ihrer Organisationen gemacht. Die SPD habe sich vollends auf die Politik in den Parlamenten spezialisiert. Das tradierte Genossenschaftswesen sei durch DGB-nahe Großorganisationen wie die Neue Heimat (NH) und Coop systematisch ausgetrocknet worden und die Einheitsgewerkschaft habe sich – trotz ihrer öffentlichkeitswirksamen Kampagnen für die Mitbestimmung und gegen die



Tilman Fichter

atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die geplanten Notstandsgesetze – letztlich auf die Tarif- und Lohnpolitik zurückgezogen.

Eine Ursache für diese Entwicklung sei – so Theo Pirker – in der Entideologisierung der westdeutschen Arbeiterbewegung als Reaktion auf den Stalinismus und im schnellen Ausbau der Apparate zu suchen. Darüber hinaus habe die Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln und die Dominanz der in Deutschland gebliebenen Funktionäre, von vor 1933 im DGB und in der Nachkriegssozialdemokratie diese Tendenz verstärkt (auf die Rolle der Kriegsgeneration beim Wiederaufbau der Sozialdemokratie und dem DGB ging Pirker damals leider noch nicht ein).

Kurzum: Diese historische Dimension der Arbeiterbewegung in Westdeutschland müßten wir meines Erachtens in unserer Diskussion über die Zukunft der Sozialdemokratie stärker berücksichtigen. Denn nur so können wir uns die relative Schwäche des Marxismus bzw. Kautskysmus in der SPD vor und nach Godesberg und die überraschende Stärke christlicher Ideen in den Führungszirkeln der heutigen Sozialdemokratie erklären. Durch die Ausgrenzung der sozialwissenschaftlichen linken Intelligenz nach 1961 wurde diese Tendenz nur noch verstärkt (vgl. den Unvereinbarkeitsbeschuß des SPD-Parteivorstands zwischen der Mitgliedschaft in der SPD und dem SDS bzw. der SDS-Förderergesellschaft vom 6. November 1961).

Last, but not least: Trotz aller berechtigter Technikkritik sollten wir nicht vergessen, daß die Entwicklung der Technik auch eine Antwort auf Hunger und Not gewesen ist. An der Wiege zum technischen Fortschritt stand einst die massenhafte Armut einer nur wenig entwickelten Ökonomie. Und wenn wir z. B. heute überstürzt aus der harten Chemie aussteigen würden, wofür es natürlich viele gute Argumente gibt – dann würden eine Reihe der alten Probleme sehr schnell wieder aktuell. Wer also kurzfristig aus der harten Chemie in die sogenannte weiche Chemie umsteigen möchte, braucht also mehr wissenschaftlichen Fortschritt, und nicht weniger Fortschritt. Über die Dimension Zeit sollten wir uns also möglichst konkret auseinandersetzen. Darüber hinaus habe ich übrigens bei unserer Diskussion den Eindruck, daß viel zu viele Probleme nicht öffentlich an- und ausgesprochen werden.

### Dieter Wunder

Mir ist an der einen oder anderen Stelle zuviel Harmonie gewesen. Zum Grundsätzlichen möchte ich sagen: Mir scheint der Naturbegriff, der hier verwandt wurde, fragwürdig und sehr geisteswissenschaftlich bestimmt zu sein, insbesondere wenn man primär über Descartes oder Bacon diskutiert. Für mich sind die Naturwissenschaften eine Fortsetzung der Technologie des Menschen, die spätestens mit seiner Selbsthaftwerdung begonnen hat. Wenn man diesen Zusammenhang sieht, dann werden einige ökologische Thesen fragwürdig. Natur als Natur, wie es bei manchen erscheint, gibt es meines Erachtens nicht. Es gibt nur Natur als Kultur. Wenn wir das konsequent zu Ende denken, dann ist für mich manches problematisch, was gesagt wurde.

Ich wollte aber auch noch zwei, vielleicht etwas häßliche, praktische Bemerkungen machen. Mich würde interessieren, ob die SPD, wenn sie, wie wir hoffen, 1990 an die Macht kommt, in der Lage wäre, 1991 folgendes zu machen: Der Wissenschaftsminister Glotz muß einerseits aufgrund der Interessen der Wirtschaft, der Opposition und mächtiger Teile in der SPD irgendwelche Raumfahrtprojekte stützen, aber er wird gleichzeitig ein Institut, ein Öko-Institut mit reichen Mitteln ausstatten, das gegen die Raumfahrt-Industrie arbeitet. Ich frage: Ist so etwas ein realistisches Politikprojekt der Partei? Wird die Partei in der Lage sein, das, was man in der wirtschaftlichen Praxis macht, durch Institutionalisierung von alternativer Wissenschaft in die öffentliche Diskussion zu gehen? Ich fürchte, bei der Sparsamkeit, die man dann an den Tag legen muß, wird das nicht der Fall sein.

Ein zweites Beispiel: Die SPD wird ihren Wahlsieg mit der Standortdiskussion erringen. Sie kann den Standort Bundesrepublik besser gewährleisten als die abgewirtschaftete Kohl-Lambsdorff-Regierung; dann wird im Zusammenhang der internationalen Diskussion völlig klar sein: Die ökologischen Interessen haben Nachrang. Dann werden die ganzen ökologischen Bekenntnisse von heute und von morgen nichts nützen. Diese Frage ist hier schon mehrfach angeschnitten worden. Mir ist das alles noch zu abstrakt. Konkret stellt sich die Frage, wie man wirklich ökologische Interessen nicht nur in der Bundesrepublik zur Geltung bringen kann, sondern darüber hinaus in der EG, in der sozialistischen Internationale weltweit. Wenn wir ins Ausland kommen, werden wir mit unserer ökologischen Ausrichtung vielfach verspottet und nicht ernstgenommen, man setzt sich nicht mit uns auseinander. Da helfen mir die wenigen Projekte, die Herr Altner hier vorstellte, relativ wenig. Insofern ist die Frage: Wo gibt es realistische Ansätze, unsere ökologischen Überlegungen wenigstens EG-weit durchsetzbar zu machen? Dazu habe ich zu wenig gehört.

### Thomas Meyer

Ich möchte Peter Glotz zunächst darin zustimmen, daß die Neubestimmung auf den Fortschritt im Geist der Aufklärung und unter der Prämisse der Aufklärung erfolgen muß und nicht über einen Fundamentalismus oder Mystizismus erfolgen kann. Ich denke aber auch, daß man daraus ganz andere Schlußfolgerungen ziehen kann, als Glotz sie ge-

zogen hat. Ich will vor allem zwei benennen. Die eine bezieht sich darauf, daß wir gerade, wenn wir uns heute auf eigentliche Prämissen der Aufklärung besinnen, Fortschritt aus objektiven Gründen neu definieren müssen. Das zweite ist, ich glaube nicht, daß die Korrekturen die heute erforderlich sind, gerade durch einen Rückgang auf den Kartesianischen Dualismus sinnvoller Weise vorgenommen werden können. Ich glaube, daß in der Kartesianischen Definition des Dualismus als *res extensa* und *res cogitans*, ausgedehnte Sache und denkende Sache, die denkende Sache nach Belieben die Gesetze diktieren kann und die ausgedehnte Sache in sich kein Eigenrecht und keine eigene Gesetzlichkeit hat. Gerade in diesen Begriffen wurzeln die beiden Hauptmißverständnisse, mit denen wir es heute bei den Problemen des traditionellen Fortschrittskonzepts zu tun haben. Nämlich einmal die Vernachlässigung der Würde des Lebens und die Vernachlässigung der Eigenkomplexität der Naturgesetze. Deswegen glaube ich, daß diese spezifische kartesianische Art des Dualismus gerade nicht der Ansatz für eine Erneuerung des Fortschrittsbegriffs sein kann.

Da würde ich schon eher sagen, wir können von Bacon neu lernen. Denn trotz der inquisitorischen Metapher, die Bacon zur Beschreibung seiner Art von Naturwissenschaften gewählt hat, hat er über alles, was er dazu gesagt hat, den Satz gestellt: der Natur befiehlt nur, wer der Natur gehorcht. Dieses Motto, der Natur zunächst einmal gehorchen zu lernen, bevor man ihr befehlen will, ist das, was beim traditionellen Fortschrittskurs eigentlich vergessen worden ist.

Was wir heute erleben, ist doch nicht so sehr ein Problem mit der Forschung, daß zuviel geforscht wird und zu grenzenlos, sondern ich glaube, der Hauptwiderspruch ist der, den Hans Jonas ganz gut beschrieben hat, daß die Schere zwischen dem Folgenbewirkungswissen, das wir haben, das wir anwenden durch technische Natureingriffe und dem Wissen über die Folgen, die tatsächlich eintreten, immer weiter auseinandergeklafft ist. Wir haben deswegen fortwährend Folgen bewirkt, ohne sie auch nur annähernd abschätzen zu können und ohne sie daher verantworten zu können.

Diese Schere, die weniger im Forschungsbereich als im Anwendungsbereich entsteht, muß geschlossen werden, wenn von einem prinzipiell verantwortungslosen Typ der Naturbeherrschung abgerückt werden soll.



**Thomas Meyer**

Ich glaube, daß aus drei Gründen der Fortschrittsbegriff neu definiert werden muß, weil sich drei Sachverhalte tatsächlich grundlegend verändert haben. Erstens: Es kann heute Einzelfortschritte geben, die die Möglichkeit von Fortschritt und menschlicher Existenz insgesamt in Frage stellen oder zunichte machen. Zweitens: Wir sind traditionell davon ausgegangen, gerade auch die europäische Linke, daß die Vollendung und fortwährende lineare Entfaltung von Wissen, Produktivkraftentfaltung und Produktion, die notwendige, wenn nicht gar die hinreichende Voraussetzung für die Vermehrung von Freiheit und Glück, für die Verwirklichung von Gerechtigkeit und gerechten sozialen Lebensverhältnissen darstellt. Dieses ist heute nicht mehr richtig. Wir müssen heute sehen, daß diese Akkumulation von Wissen, Pro-

duktivkräften und Produktion, gerade die eigentlichen Werte, um die es bei der Aufklärung ging, in Frage stellen kann. Drittens: Der Fortschrittsbegriff, insbesondere der Linken, wie er bei Marx formuliert ist, war immer utopisch aufgeladen. Er bedeutete nicht nur eine Verbesserung von diesem und jenem, sondern er bedeutete den Weg hin zur sozialen Versöhnung. All das, was an Wissensakkumulation, an Produktionsfortschritten erfolgte, sollte den Weg eben zur Versöhnung von Individuum und Gesellschaft, zur Einheit von Freiheit und Glück, zur Versöhnung auch von Mensch und Natur.

Ich denke, wenn wir uns heute aus diesen drei objektiven Gründen neu vergewissern müssen, was Fortschritt noch heißen kann, dann hat sich etwas grundlegend verändert. Das folgt aus den drei Elementen, die ich nannte. Wenn wir aus den Traditionen der Aufklärung, und zwar im wesentlichen auch aus den ethischen, die Strasser noch einmal angesprochen hat, die Fortschrittsmaßstäbe neu konstruieren und gegen traditionelle Fortschrittswege, die Fortschritt und Leben selber gefährden können, neu zur Geltung bringen, dann hat sich die Richtung von Fortschrittspolitik verändert. Wir können nicht mehr davon ausgehen, daß die Maximierung von Wissen und Produktivkraftentfaltung Fortschritt ermöglicht. Wir müssen davon ausgehen, daß wir von diesen Fortschrittsmaßstäben her eine soziale, kulturelle und ökologische Konstruktion von Produktivkräften und neue Sozialbeziehungen leisten müssen und das deswegen der Ansatz in diesem Fortschrittsbegriff ein Konzept der Gestaltung sein muß, denn die ganzen alten Automatismen gelten nicht mehr und die utopische Aufladung ist verlorengegangen. Ich denke, das ist durchaus eine grundlegend neue Situation, jedenfalls gemessen an dem, was in der Sozialdemokratie in den letzten 120 Jahren immer unter Fortschritt verstanden worden war.

### Hans G. Nutzinger

Ich bin wirtschaftswissenschaftlicher Hochschullehrer aus Kassel. Meine Anmerkung bezieht sich auf die Frage, die ja immer mitgeschwungen hat: Wie soll man eigentlich Naturschutz – sei es Tier- oder Artenschutz – begründen? Ich halte diese Fragestellung für unzulänglich, weil sie in dieser Form kaum zu fruchtbaren Erkenntnissen führen kann. Die Frage ist ja nicht, ob die Natur einen Eigenwert besitzt oder ob sie ihn nicht besitzt; ebensowenig geht es darum, ob der Natur-

schutz anthropozentrisch oder physiozentrisch begründet werden kann, oder wie diese Begriffe auch immer heißen mögen.

Eine „physiozentrische“ Begründung des Naturschutzes geht ja schon aus erkenntnistheoretischen Gründen nicht, weil der Eigenwert, den wir etwa einem Baum zumessen, eine Eigenschaft ist, die wir Menschen einem Objekt der äußeren Natur in höchst anthropozentrischer Weise zuschreiben. Selbstverständlich ist es eine gute naturethische Position, vom Menschen Achtung vor Tier und Pflanze zu verlangen; als erkenntnistheoretische Position ist sie jedoch völlig haltlos.

Ähnlich sinnlos wäre es zu fordern, der Mensch solle den Wald so lassen, „wie er ist“. Der Wald heute ist ja eben schon immer gestaltete Natur, worauf bei diesem Forum schon hingewiesen worden ist. Ich halte es tatsächlich für sehr viel sinnvoller, zunächst einmal von einem relativ konsequenten anthropozentrischen Standpunkt auszugehen und nach Differenzierungen in der äußeren Objektwelt zu fragen; die vorhin erwähnte alte Unterscheidung zwischen einer „res extensa“ und einer „res cogitans“, etwa auf die Differenz zwischen Mensch und Tier angewandt, ist alles andere als hilfreich, denn auf dieser Basis kommt man zu einer ganz umständlichen, wenn nicht gar verschrobenen Begründung für die Notwendigkeit des Tierschutzes. Vor etwa 300 Jahren, als man jene Unterscheidung noch machte, begründete man den Tierschutz nämlich so: Tiere dürfen nicht gequält werden, denn dies würde ein Beitrag zur allgemeinen Verrohung der Sitten leisten; damit würde Tierquälerei auch dazu beitragen, daß die Menschen sich untereinander wehtun könnten. Das Unzulängliche dieses Arguments erkennt man schon daran, daß man mit derselben Begründung auch gegen Sachbeschädigungen angehen könnte. Dies zeigt, daß eine derartige Denkweise keine wirkliche Unterscheidung zwischen unbelebten Objekten und lebenden Tieren zuließe. Diese Denkweise wird also dem Tier gar nicht gerecht.

Der wirkliche Fortschritt beim Tierschutz wurde gerade dann erzielt, als vor 200 Jahren der utilitaristische Moralphilosoph Jeremy Bentham in höchst anthropozentrischer Weise auf das wirklich entscheidende Problem hinwies. Er sagte nämlich: Die Frage ist nicht die, ob Tiere sprechen können oder ob Tiere vernünftig denken können; die entscheidende Frage ist, ob Tiere leiden können. Da im Leiden der Tiere sich auch der Mensch als leidendes Wesen erfährt, wurde gerade mit die-

ser anthropozentrischen Argumentation die meines Erachtens entscheidende Begründung für den Tierschutz gegeben. Genausogut läßt sich auch der Artenschutz aus der Sicht des Menschen sinnvoll begründen, ohne daß man sich physiozentrisch verrenken muß.

Gegen die „anthropozentrische Klugheitsethik“ wird häufig eingewandt, sie würde nur berücksichtigen, was sich unmittelbar als Vorteil für den Menschen darstellen läßt. Demnach würde der Naturschutz nur soweit reichen, wie Tiere und Pflanzen für den Menschen nützlich sind. Wir wissen aber, daß es in der Natur sehr komplexe Wirkungszusammenhänge gibt, die nicht unmittelbar durchschaubar sind. Gerade dies aber verbietet es, Naturschutz nur auf der Basis unmittelbar erkennbarer Vorteile zu betreiben. Eine wirklich sinnvolle „anthropozentrische Klugheitsethik“ muß eben auch die Grenzen menschlicher Klugheit mitreflektieren.

## Podiumsdiskussion

# So wollen und so können wir leben

Dr. Johano Strasser

... Zum Komplex Demokratisierung gehört natürlich auch die Umwandlung der übergreifenden Strukturen. Ich bin kein Kleine-Netze-Romantiker: Ich bin überzeugt, daß die soziale Produktivität kleiner sozialer Einheiten hergestellt werden muß durch eine Veränderung großgesellschaftlicher Strukturen und staatlicher Interventionsmodi.

Wenn man sich nur auf die kleinen Einheiten konzentriert, wird die Kolonialisierung dieser kleinen Einheiten durch die Großstrukturen sich letztlich durchsetzen. Dennoch: Die Impulse und Ziele zur Umgestaltung der Großstrukturen müssen von unten kommen. Insofern widerspricht sich das nicht. Aber nun zu einigen Einzelfragen: Wenn wir über die Demokratisierung sprechen, meinen wir zuerst ein Mitsprache- und ein Mitbestimmungsrecht möglichst aller, die von den zu fällenden Entscheidungen betroffen sind. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Mitbestimmungskonzepte des DGB in der Regel fragwürdig. Paritätische Mitbestimmung garantiert überhaupt nicht, daß die ganz wichtigen ökologischen Fragen und Verbraucherinteressen berücksichtigt werden. Wenn diese zusätzlichen Aspekte aber Eingang finden sollen, muß man andere Mitbestimmungsmodelle konzipieren. Das ist ganz schwer zu diskutieren, weil die paritätische Mitbestimmung noch nicht einmal erreicht ist, und die paritätische Mitbestimmung zu den weniger geordneten gehört, über die man sich in den Gewerkschaften einig ist. Oskar Lafontaine ist nicht der einzige Störenfried: es gibt sachliche Argumente für eine „neue Unübersichtlichkeit“ auch in der Gewerkschaftspolitik. Aber das betrifft ja nicht nur die Gewerkschaften. Wir haben allen Grund, die Partizipationsmodelle, die wir in den 60er und 70er Jahren entwickelt haben, daraufhin zu überprüfen, ob sie der Komplexität der Probleme, die verarbeitet werden müssen, wirklich gerecht werden.

Der zweite Punkt, den ich betonen möchte: Demokratisierung kann auch heißen stärkere Beteiligung der Betroffenen an der gesellschaftlich oder staatlich organisierten Leistungserbringung. Dies gilt insbesondere für den großen Bereich der personenbezogenen Dienstlei-